

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21.
„Tagblatt-Haus“.
Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens
bis 8 Uhr abends.

27,000 Abonnenten.

2 Tagesausgaben.

Herrnsprecher-Ruf:
„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-58.
Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Besuchs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pfg. monatlich, M. 2.— vierteljährlich durch den Verlag
Langgasse 21, oder Belegstellen. M. 2.— vierteljährlich durch alle deutschen Buchhändler, ausschließlich
Belegstellen. — Bezugs-Belegungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Reichs- und
Landesbibliothek, sowie die 112 Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Wiesbaden die Reichs- und
Landesbibliothek und in den benachbarten Orten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“
in anderthalb Zeilen; 20 Pfg. in sonstiger Anzeigenführung, sowie für alle übrigen lokalen
Anzeigen: 20 Pfg. für alle sonstigen Anzeigen: 1 Mrk. für lokale Anzeigen; 2 Mrk. für auswärtige
Anzeigen. — Größe, Inhalt, Inhalt und Inhalt, durchsichtig, nach besonderer Berechnung.
Bei wiederholter Aufnahme unentgeltlicher Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechende Rabatt.

Anzeigen-Ausnahme: Für die Abend-Ausgabe bis 15 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr nachmittags.

Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 491.

Wiesbaden, Freitag, 21. Oktober 1910.

58. Jahrgang.

Morgen-Ausgabe.

1. Blatt.

Allerlei Sammlungsparolen.

Über die Untauglichkeit einer wirtschaftspolitischen Sammlungsparole, wie sie vor einigen Wochen dem Reichstanzler zugeschrieben wurde, war sich alle Welt eigentlich schon in dem Augenblick einig, wo sie von diesem vermeintlichen Mittel zur Heilung unserer Wunde erfuhr. Jetzt wollen unterrichtete Personen hinter das Geheimnis der wirklichen Absichten des Herrn v. Bethmann-Hollweg gekommen sein. Nicht die wirtschaftliche, sondern die nationale Sammlungsparole soll ihm vorzuschweben. Wenn die Sozialdemokratie, so wird man mit einigem Staunen belehrt, in nationalen Lebensfragen ihren ablehnenden Standpunkt nicht verläßt, wenn sie die Befestigung und den Ausbau der Wehrmacht zu Wasser und zu Lande zu verhindern suchen wird, so wird die Regierung gerade diese nationalen Existenzfragen zur Wahlparole für Neuwohlen machen. Das ist eine merkwürdige Auskunft über die Pläne des Reichstanzlers. Nichts kann sicherer sein, als daß die Sozialdemokraten nicht im Traum daran denken, ihren ablehnenden Standpunkt gegenüber der Heeres- und Marineforderungen aufzugeben, und kein Mensch braucht auf eine neue Befundung dieser tiefwurzelnden Widerstandskraft gegen Ausbau und Befestigung der deutschen Wehrkraft erst noch zu warten. Nichts auch kann sicherer sein, als daß die bürgerliche Mehrheit des Reichstags die bevorstehende Militärvorlage nicht zum Ausgangspunkt eines Konflikts mit der Reichsleitung machen wird. Es ist dafür gesorgt, daß die Neuforderungen ein annehmbares Maß nicht überschreiten werden. Schon dadurch, daß die Finanzlage die Innehaltung einer verständigen Grenze gebietet, ist hierfür gesorgt. Schließlich aber wird sich Herr v. Bethmann-Hollweg selber keine übergroßen Sorgen wegen der Militärvorlage machen, also muß die Ankündigung der nationalen Sammlungsparole einen andern Inhalt und Zweck haben. Sie ist offenbar so zu verstehen, daß der neue Reichstag, falls die Sozialdemokraten in ihm wirklich die stärkste Partei und Fraktion werden sollten, kein langes Leben führen wird; daß er bald aufgelöst werden wird und daß dieser zweite Wahlkampf unter dem Schlagwort der „nationalen Existenzfragen“ stattfinden soll. Es wird sich dabei nur immer fragen, welchen bestimmten Inhalt der Reichstanzler von der allgemeinen Erwartung eines sehr großen Wachstums der sozialdemokratischen Mandatsziffer nicht aus. Oder sollte auch er sich mit der sonderbaren Vorstellung trösten, daß die Sozialdemokratie selber im Grunde genommen nichts stärker fürchtet als einen allgütigen Sieg? Es sieht wie die verkehrte Welt aus, aber sie ist nun einmal so verkehrt,

und es ist zwar nicht ganz richtig, aber auch nicht ganz falsch, wenn gesagt wird, daß eine wunderliche, innere Dialektik die verfahren deutsche Politik zu notwendigen Absurditäten hinzuführen beginnt, daß namentlich in der Sozialdemokratie, wenigstens bei den klügeren Führern, die Empfindung lebendig ist, ein Übermaß von Mandaten werde zuletzt nur den Gegnern zugute kommen. Als auf dem Amsterdamer Internationalen Kongress Nourès auf die Ohnmacht der deutschen Sozialdemokratie nach dem Siege von 1903 hinwies, erwiderte Pöbel: „Was hätten wir tun sollen? Gätten wir vor das Berliner Schloß ziehen sollen? Aber wir werden weiter wachsen. Jetzt haben wir 3 Millionen Stimmen, lassen sie uns erst 4, erst 5 Millionen Stimmen haben, dann . . .“ Nun es könnte sein, daß die Sozialdemokratie im nächsten Herbst diese 5 Millionen erreicht, und jedenfalls wird sie die stärkste Partei im Reichstage werden. Ja, manche Beurteiler scheuen sich nicht, die Möglichkeit in Rechnung zu stellen, daß die Sozialdemokratie mit 200 Mandaten die zahlenmäßige Mehrheit in der deutschen Volksvertretung erreicht. Was dann? Was wird die Partei mit dieser Macht anfangen, die angesichts der Festigkeit des Staatsgefüges und angesichts der Macht der wohlgeordneten bürgerlichen Welt tatsächlich gar keine ist oder werden kann? Ein heißes Problem, dessen Ausmalung Herr Pöbel und Genossen allerdings schwüle Stunden bereiten könnte.

Über die Fruchtlosigkeit der preussischen Sozialdemokratie

läßt sich „Das freie Wort“, die vortreffliche Frankfurter Halbmonatsschrift für Fortschritt auf allen Gebieten des geistigen Lebens, in einer vernichtenden, überzeugenden Kritik aus. Nachdem die Zeitschrift über das lächerliche, ewige Spiel zwischen Hin- und Hinausgerufenen die rechten Worte fand, stellt sie fest, daß, möge man über die Sozialdemokratie denken, wie man wolle, doch nur die süddeutschen Genossen, also die von den Norddeutschen so verachteten, allein wirklich praktische Erfolge erzielt hätten, denn während die Radikalen sich wie Verfechter gebärden, hätten die revisionistischen Genossen Wahlrecht, und zahlreiche andere Probleme sehr klug und in demokratischem Sinne lösen helfen. Es heißt dann in dem bemerkenswerten Artikel weiter: „Die preussische sozialdemokratische „Nichtstunseinsager“ enttäuschen ihre chronischen Mißversprechungen von jeher damit, daß es in Preußen so ganz abnorm schwierig sei, die Reaktion zu bekämpfen. Selbst Pöbel sagte in seiner Rede gelegentlich der Budget-Debatte gegen den Genossen Roth, den Süddeutschen sei das Wahlrecht als gebratene Taube in den Mund geflogen — in Preußen sei das etwas ganz anderes — davon könnten die Süddeutschen aber ja gar nicht mitreden. Man wird aber auch anderer Meinung sein und der Überzeugung Ausdruck geben dürfen, daß das Vorgehen der preussischen Sozialdemokratie von jeher total verfehlt gewesen ist. Unter geschickter Führung wären schon auch in Preußen Erfolge zu erzielen gewesen. So liegt z. B. die Hauptkraft

der Sozialdemokratie doch in der Möglichkeit, zu streiken. Man kann sogar fast sagen: solange die Sozialdemokratie in den Parlamenten so einflußlos ist, wie sie bisher, hat sie nur zwei Möglichkeiten, dem herrschenden Regime un bequem zu werden: den Streik und den Massenaustritt aus den Kirchen. Von beiden ihr tatsächlich zu Gebote stehenden Machtmitteln macht sie aber keinen Gebrauch zur Erlangung politischer Erfolge, dem tausendfachen Streik-Erklärungen zur Erzielung höherer Löhne und geringerer Arbeitszeit bringen die Partei politisch nicht einen Millimeter weiter. Pöbel mag uns die Frage stellen, warum die preussischen Genossen denn ihre wirklichen Machtmittel nicht benutzen, um der preussischen Reaktion Schlappen beizubringen? Lieben wir einen aktuellen Fall heran, um zu zeigen, wie wir uns die Sache denken: Seit dem 5. Januar 1910 sitzt im Gefängnis das politische Dienstmädchen Josepha Klaför im Gefängnis, ohne daß es sich irgend etwas hatte zu Schulden kommen lassen. Es war lediglich nicht nach Österreich zurückgereist bis zum 20. Dezember 1909 — wie es Vorschrift ist. Offenbar lag irgend ein Mißverständnis zwischen Preußen und Österreich vor, wegen dessen also der Landrat das arme Mädchen ohne Richterspruch acht oder neun Monate lang ins Gefängnis steckte! Das war nun einmal wieder eine Gelegenheit, um das unglaublich heillose und undurchsichtige Verhalten der preussischen Verwaltung ins hellste Licht zu setzen. Eine gut regierte sozialdemokratische Partei hätte unbedingt sofort in Göttingen die Arbeiterschaft in Streik treten und erklären lassen, daß die Arbeit nicht eher wieder aufgenommen werde, bis der Landrat zur Rechenschaft gezogen sei für die Einsperrung einer total unschuldigen Arbeiterin. Das wäre ein Streik gewesen, der der Sozialdemokratie im Sturm die Herzen — und die Geldbörsen — aller anständigen Menschen gewonnen hätte! Die preussische Regierung hätte eine Niederlage erlitten, wie sie seit den Tagen Friedrich Wilhelms IV. nicht dagesewen, denn es wäre ihr nichts übrig geblieben, als den Landrat abzuweisen, um einen Streik zu brechen, der in solchem Maße von der Sympathie der öffentlichen Meinung getragen gewesen wäre. Aber an so etwas haßt sich die preussische superlative Sozialdemokratie eben nicht heran: lieber hat sie den total ausschließlichen Streik der Arbeiter in Insignien. Das nennt man: schlecht regieren, und wo schlecht regiert wird, ist es natürlich schwer, Erfolge zu erzielen.

Das große Übel, das wir in der preussischen Verwaltung, der Diplomatie usw. jahraus, jahrein beklagen, ist eben auch in der Sozialdemokratie zu finden: es fehlt in Deutschland an tüchtigen Männern an den wichtigsten Stellen, weil sich die fähigsten Köpfe nicht jener schändlichen Behandlung — Kuppelkeit nannte es Bismarck auf dem nationalliberalen Parteitag — aussetzen wollen, die ihnen der Elbe zu Hause ist. Wie hochverehrte Männer, ein Miquel, ein Posadowsky, wegen schlechter Behandlung ihre Ministerposten aufgegeben haben, so fliehen die fähigen Genossen auch seit Jahren aus der Sozialdemokratie — oder treten gar nicht mehr ein, weil der Ton innerhalb der Partei nicht nach jedermanns Geschmack sein kann. Hier liegen in Wirklichkeit die Quellen aller Mißversuche der Sozialdemokratie, welcher dreihunderttausend Millionen Stimmen auch nichts nützen können, solange die Intelligenzen

Fenilleton.

(Nachdruck verboten.)

Heimisches Naturleben.

Skizzen von Walther Schulte vom Brühl.

VII.

Etwas über die Birke.

„Es ist uns groß Heil widerfahren“, sagte ich zu meiner Frau und deutete auf ein spannhohes Pflänzchen, das sich dicht neben einem Eisenpfiler der Haus-treppe zwischen den Fugen des Klempflasters angegedelt hatte. „Wehe dem, der mir das ausreißt, denn es ist ein junges Birken“, mahnte ich, führte alles, was im Hause auf zwei Beinen wandelte, an das fed und lüppig in die Welt schauende, winzige Pflänzchen heran und hielt eine große Rede, wie sympathisch mir von jeher die Birke gewesen sei und wie ich sogar in meiner Jugend fabelhaften Tagen einmal ein Gedicht auf den Baum gemacht habe, welches anhob:

Liebt dich vor den Bäumen allen
In dem frischen Waldreich
Stehst du dort, du schlante Birke,
Einem jungen Mädchen gleich.
Um den Körper, um den weichen,
Liebt dich, wie mit feiner Hand
Deines Raubwerks artige Säule,
Dieses duftige Gewand.

Und dann erging ich mich in Zukunftsträumen, wie ich es wohl noch erleben könne, daß der schnell wachsende Baum hoch und gerade vor dem Treppenhause emporwachsen würde, bis er seine lichte Krone über dem Dache wiege und dem Pegasus am Giebel meines Heims

mit seinem garten Geäst die Nase fegte. Und meine Frau meinte, es sei etwas besonders Schönes, daß sich der „Raien“, den man sonst in deutschen Länden bei Festen überall an der Tür aufzustellen liebt, so ganz von selber als dauernder Gast eingestellt hätte, was doch gewißlich eine gute Vorbedeutung sei. Und mit Liebe betrachteten wir den jungen Sproß, die dreieckig-deltaförmigen, zugespitzten und doppelt gesägten, glänzenden und noch etwas flebrigen Blättchen und das bräunliche, warzig punktierte Stämmchen, und ich opferte sogar ein Blättchen, um es zwischen den Fingern zu reiben und zu zeigen, wie wärgig es räche und daß man wohl begreifen könne, daß ein Tee aus diesen Blättern heilkräftig sein müsse und daß man nun Gicht, Wassersucht und Wechselstieber ruhig abwarten könne, nachdem uns das vielgerühmte Hausmittel gegen solche Gebrechen ja geradezu in den Mund wachse. Dann kamen wir auf die verschönernde Wirkung des Birken-safts zu sprechen und wie gut er für den Haarwuchs sei und wieweil ein köstliches Getränk sich daraus brauen lasse. Dabei fiel mir eine furchtbare Geschichte aus meiner Jugend ein. Mein Bruder und ich hatten im Frühjahr eine Flasche Birken-saft abgezogen und sie in Gegenwart eines Nachbarn vergraben, damit die auserhaltene Flüssigkeit hübsch gäre und ein köstlicher Wein daraus entsünde. Der falsche Freund aber schlich sich eines Tages heimlich hin, trank die Pille leer und füllte sie mit etwas anderem. Und als wir dann nach Wochen selbstdritt zu dem Ort des feuchten Schatzes gingen, uns zu loben, und als mein Bruder die Flasche ansetzen wollte, ersahte ihn plötzlich ein Grausen und er rief: „Das ist meiner Vetter kein Birken-saft!“ Aus dem Mienenpiel des heimtückischen Kameraden aber dümmerte uns eine fruchtbare Ahnung, die zur Gewiß-

heit wurde, als wir ihm die Ehre des Antrinks aufdrängen wollten und er sich weigerte und plötzlich davonlief. Nun, wir sind fix hinter ihm her gewesen und haben den übeln Flascheninhalt wütend über ihm ausgegossen und ihm mit dem Gefäß auch noch ein Loch in den Kopf geworfen. Und diese Sache war vielleicht noch süßer, als es der echte Birken-saft gewesen wäre.

Unter Birken an der Treppe haben wir nun schon sechs Jahre gepflegt. Ich habe ein Schildchen mit der Aufschrift: Betula alba, Weißbirke, daran gehangen, damit es doch wisse, wie es heiße, und daß es sich nicht einbilde, eine Pendula, eine Trauerbirke zu sein. Und ich habe die Pflastersteine, die seinen Wuchs behinderten, beseitigt und mit Hammer und Meißel ein ganz Teil der untersten Treppentstufe weggehauen, um dem Stämmchen Raum zu verschaffen. Freilich meinte mein Gärtner, das tue nicht not, denn die Birke helfe sich selber, und er stellte mir die tröstliche Aussicht, daß sie mit der Zeit einfach das Gefüge der Treppe sprengen würde. Hat doch auf einem Friedhof in Hannover bekanntermaßen auch eine Birke ein aus mächtigen Quadern errichtetes Grabgewölbe gesprengt, gleichsam, als wollte sie sich lustig über eine Inschrift machen, welche fundat, daß dies Grab ewig uneröffnet bleiben solle. Die Birken lieben ja allerlei Scherze. Ihre winzigen, aßliedischen Rädchen, kleinen Hältern nicht unähnlich, lassen sich vom Winde überallhin entführen und oft findet man dann die Bäume an den unmöglichsten Stellen, hoch auf Burgruinen und sonstigem Gemäuer. Selbst auf dem Elephantsurm in Wien wuchs eine Birke, die man dann in den Hofhauspark verpflanzte. Freilich ertrug sie diese Erniedrigung nicht und ging ein, wie sich denn der Baum, wenn er erst sein weiches Gemüsch angezogen hat — es geschieht etwa mit dem

an der Spitze stehen, welche auch die Truppen richtig zu dirigieren verstehen.

Mag der „Vorwärts“ auch schreiben: „Die Partei hat alle Ursache, mit dem Verlauf und den Ergebnissen des Magdeburger Parteitags voll und ganz zufrieden zu sein“ — er wird nicht viele finden, die seine Überzeugung teilen. Der Kampf zwischen Radikalen und Revisionisten bringt uns in Deutschland nicht weiter. Was wir brauchen, ist eine Arbeiterpartei, die kulturelle Aufgaben in die erste Linie zu setzen gelernt hat, weil sie weiß, daß der Kampf gegen das reaktionäre Preußen und seine Junker- und Pfaffen-Herrschaft nur auf kulturellem Gebiet ausgefochten werden kann.“

Politische Übersicht.

Das Polentum im Westen.

Man schreibt uns aus dem Westen: Die Vermehrung der Polen im Westen Deutschlands ist auch in den letzten Jahren wieder recht bedeutend gewesen. Die Polen werden in manchen Ort des westlichen Westfalens und des Regierungsbezirks Düsseldorf so zahlreich, daß ihre Germanisierung, die bisher nur als eine Frage der Zeit erschien, allmählich zweifelhaft zu werden beginnt. Eine Minderheit, wenn sie auch zwanzig vom Hundert umfaßt, behauptet dauernd nicht ihre Nationalität, und der stärkste Germanisator ist im allgemeinen das älteste Kind von der Zeit seines Schulbesuchs an. In Serne, Bruch, Castro, Lüggenortmund usw. bilden die Polen aber einen so starken Keil der Bevölkerung, sie reichen an einigen Orten sogar so an die Majorität heran, daß sie nicht mehr gezwungen sind, der Umgebung zu lieb Deutsch zu reden. Es kommt hier auch die Tatsache sehr in Betracht, daß in Orten mit starker polnischer Bevölkerung die Geschäftleute ein der polnischen Sprache mächtiges Personal halten, auch unter den Geschäftsleuten selbst ist sich manche Polen befinden. Die Klagen über die Schwierigkeit, die Polen im Westen zu germanisieren, befanden sich früher sehr oft mehr Eifer als objektives Verständnis. Mit dem Grade der Vermehrung der Polen tritt in diesen Dingen unabweislich eine Änderung ein, und dem aufmerksamen Beobachter drängt sich die Wahrnehmung auf, daß die Änderung sehr im Auge ist. Denn der Gebrauch des Polnischen wird sowohl in den genannten Städten mit ihrem hohen Prozentsatz an Polen wie auch in den polnischen Vierteln der Großstädte (die polnische Bevölkerung drängt sich nämlich in bestimmten Straßen zusammen) stärker und ungetrübter, während man sie Deutsch selten reden hört. Wenn die Entwicklung so fortschreitet, werden wir im Westen schließlich eine Anzahl polnischer Sprachinseln bekommen, und das in Westfalen, das früher eine der rassenreinsten Provinzen war.

Der Leutnant im Fegfeuer.

Unter diesem Titel schreibt Paul Jschorlich in der „Silbe“: „Neulich war ich in Berlin in einer öffentlichen Versammlung, in der das Thema „Nochbit und Polizei“ behandelt wurde. Redner kamen, Redner gingen. Sie schwebelten in Verunglimpfungen der Schutzmannschaft und ließen alle Register der demagogischen Verebtheit spielen vom fischen, höhnischen Witz bis zur klöbigen Entstellung. Und das vergrößerte Echo ihrer Schreie entlief sich in wilden Zurufen, unter denen nicht wenige mit Gefährnis geahndet zu werden pflegen. Was hier geschah, war jenseits aller Kritik, es war die Kultur der Lobsucht, die Verleumdung in den Hörs, es war ein seltsames Versinken in alle Bonnettschander geistlichen Jersidrens. Schutzmannsblut schien diesen Erregten ein besonderer Saft. Noch flagellierten sie sich mit Worten in den antipolizeilichen Rausch hinein, aber in ihrem Innern brannte die Bier nach der Entscheidung durch die Faust. Wenn man die Redner hörte, so bestand die Polizei überhaupt nur aus Wehrgern und Schlächtern. Kein Ausdruck war scharf, kein Spott

ähend genug, um diese uniformierte Rote Korah an den Pranger zu zerren. Und sie sah am Pranger. Wehrlos und gebunden. Allen vergifteten Pfeilen des Hasses ausgeliefert. In Preußen und Sachsen pflegen alle öffentlichen Versammlungen polizeilich überwacht zu werden. Man kann diese schändliche und unwürdige Verfügung, die jeden Süddeutschen in Erschauern setzen muß, bekämpfen, aber man hat, so lange sie in Kraft ist, mit ihr zu rechnen. Auch die Versammlung, von der ich spreche, war von einem Leutnant und einem Schutzmann überwacht. Sie waren abkommandiert, den Salven der Kritik handzuhalten. Und wenn es schon Dienstbefehl war, unter rein menschlichen Gesichtspunkt, der auch einem Polizeileutnant und seinem Gehilfen gegenüber einmal zu Worte kommen darf, war es insofern eine Probe von Mut, als eine ganz gehörige Portion Selbstbeherrschung dazu gehörte, bei diesem Gewehrfeuer still zu sitzen. Die beiden Beamten bewiesen jedenfalls mehr Selbstzucht, als ich sie auch nur einem Teilnehmer an dieser Versammlung zutrauen möchte. Wer je in der Lage gewesen ist, großen Verdächtigungen entgegenzutreten, die einem seiner Freunde oder die seinem Stand galten, der wird ermessen können, was in der Seele des Leutnants vorgegangen ist. Es schien, als wäre er dieser Versammlung zum Traß hingeworfen worden. Er wurde moralisch gekränkt. Nichts schenkte man ihm, weder harte Worte noch harte Blide, und wenn er auch nicht mit Namen genannt worden, alles zielte doch auf ihn ab, alles traf ihn, verwundete ihn. Er schwebte in der engen Uniform und wurde rot und blaß, er biß die Zähne aufeinander und machte eifertige Notizen mit dem Bleistift, um seine innere Unruhe zu verbergen. Aber er mußte es dulden. Er mußte alles bis zur Hefe hinunterschlucken. Es war System in der Anführung von Beschuldigungen, und jeder Redner, der von der Polizei im allgemeinen sprach, meinte auch ein wenig den überwachenden Leutnant. Jeder warf eine Handvoll Kohlen in diese Hölle, um sie ihm nur ja recht heiß zu machen. Der Leutnant wurde gerötet nach allen Regeln demagogischer Verebtheit, und jeder grüne Junge, der sich zum Wort meldete, mußte den Spieß drehen helfen, an dem man den vermeintlichen Sünder knuspria briet. Aerischen, die noch nicht trocken hinter den Ohren sind, reckten sich auf dem Podium in die Länge und würgten das allgemeine Autodafé, wenn nicht durch Geist, so doch durch Schärfe. Jeder Inhaber eines Konfirmationsheftes wurde zum legitimen Hofmeister der preußischen Polizei. Der Leutnant aber sah da, halb Scham, halb Empörung. Er sah mitten im Augenregen der Worte, die ihm um die Ohren pfliffen, und biß die Zähne zusammen. Wir wollen nicht ermüden, der preußischen Polizei Selbstbeherrschung zu empfehlen, aber wir wollen aus unseren Protesten gegen Polizeivillwäre keine Orgie machen. Dieser kleine Leutnant hat mich etwas gelehrt, was mich das forybanische Geschrei der Versammlung nicht lehren konnte: die Achtung vor der Selbstzucht. Und es schien mir gerade in den Tagen gesteigerten Hasses ganz heilsam, die Dinge auch einmal aus dieser Perspektive zu betrachten. Auch ein Polizeileutnant ist gewissermaßen ein Mensch. Auch Schutzleute haben sozusagen ein Herz. Es geht nicht an, hinter jeder Uniform eine Bestie zu vermuten. Vermögen wir uns also, dem Schutzmann gegenüber so gerecht zu sein, wie wir ihn uns gegenüber wünschen. Man ist noch lange kein Lobredner der preußischen Polizei, wenn man ein menschliches Mitleiden mit einem Leutnant empfindet. Schlimmer als attachierende Schutzleute sind politische Anschläger. Denn ihre Brut ist nicht periodisch, sondern schon beinahe endemisch.

Deutsches Reich.

* Auf die inneren Wirren im Zentrum hat der Abg. Porzsch am Sonntag in Bay auf dem Parteitag der schlesischen Zentrumspartei mit Nachdruck hingewiesen. Er erklärte nach dem Bericht der „Merikalen“, „Schles. Volkszeitung“: „Wir haben viele schwere Zeiten durchgemacht und überstanden. Oft schien es, als sei nun der Gipfel der Schwierigkeiten erklommen, und doch kamen immer wieder neue. Ich erinnere mich aber nicht, schwerere und unangenehmere Zeiten erlebt zu haben als die gegenwärtigen. Mit größter Feindschaft als je stürmen Gegner von außen auf das Zentrum los. Man sollte meinen, diese unsere

grünliche Feindschaft möchte alle die, welche sich zur Partei des Zentrums rechnen, zu unzerstörbarer Einigkeit zusammenschweißen, und möchte die, welche etwa noch zögernd an unserer Seite stehen, zur unbedingten Erfüllung ihrer Pflicht in unseren Reihen anfeuern. Statt dessen begannen wir Strömungen, welche die Schaffensfreudigkeit und die Schaffensfähigkeit in unseren Reihen lähmen, ja, welche — ich muß das pflichtgemäß offen aussprechen — geeignet sind, den Bestand des Zentrums und damit der Schutzwall seiner erhabenen Ziele zu gefährden.“

* Die Feilschierung. Die Versammlung der Obermeister des bayerischen Bezirksvereins des deutschen Fleischerverbandes beschloß, nachdem alle Anträge des Verbandes gegen die Vieh- und Fleischersteuerung unberücksichtigt geblieben sind, dem verbrauchenden Publikum weitere Schritte anheim zu geben.

— Günstige Entwicklung der Kleinrentungsgeossenschaft Ostrowa. Uns wird geschrieben: Eine außerordentlich glückliche Entwicklung, die sich insbesondere auf die Vermehrung der sehr seltenen deutschen Bevölkerung bezieht, bietet der letzte Bericht der 1906 gegründeten Deutschen Kleinrentungsgeossenschaft Ostrowa. Vor allem ist zu erwähnen, daß sich durch die Ziehlungsstätigkeit der Geossenschaft die sehr seltene deutsche Bevölkerung um über 1000 Köpfe vermehrt hat. Zum Teil befinden sich hierunter Deutsch-Russen. Ferner hat sich die Mitgliederzahl von Ende 1908 bis zum 1. Juli 1910 von 472 auf 885 Köpfe erhöht. Ende 1909 konnten 948, am 1. Juli 1910 1167 Geschäftsanteile angegeben werden. Es wurden darauf eingezahlt 220 000, bzw. 265 000 M. Die Zahl der Verkaufsstellen wuchs in diesem Zeitraum von 145 auf 205 und der Kaufpreis der Stellen von 1 Million auf 1½ Millionen. In Anbetracht der geringen Mittel und großen Schwierigkeiten ist das Resultat sehr erfreulich.

* Über die Parteitage der Sozialdemokraten und Nationalliberalen schreibt Konrad Haubmann im „Rärz“. Die Sozialdemokratie hat — das ist das Resultat, zu dem Haubmann kommt — in Magdeburg eine Art Mainlinie erhalten. Es hängt nicht nur für die Sozialdemokraten, sondern für das politische Leben ziemlich viel davon ab, ob die „Süddeutschen“ aus Norddeutschland gegen den Geist von Magdeburg Suffurs erhalten, ob die besonnene und wacherüttelte Selbstkritik die hürchtungs-lustige Draufgängerlei überwindet, die sich am allerwenigsten darauf berufen kann, der politischen Sehnsucht des deutschen Volkes zu entsprechen. Alle Unduldsamkeit reicht nach jenem Tilly, der in Magdeburg siegte und ein Jahr darauf am Neck geschlagen wurde.“ Zu dem national-liberalen Parteitag meint Konrad Haubmann, diese Partei habe auch zwei Flügel, aber man habe auf dem Parteitag die Gegenläge in den Formen des Salons behandelt. „Um einen einmütigen Beschluß zu fassen, beschloß man, keinen Beschluß zu fassen und Bassermann für beide Teile reden zu lassen. Bassermann löste die Aufgabe glänzend und frisch den Beifall aus beiden Lagern ein. Statt einer Antwort auf die Frage „Links oder rechts?“ zu geben, erteilte die ausweichende Antwort: Zurück zum Mod. Der rechte Flügel konnte begeistert Beifall klatschen, weil sich in ihm die Sehnsucht nach den Konfessionen zu entsenden vermochte, der linke Flügel, weil er darin eine Anlage gegen die abtrünnigen Konfessionen heraushörte konnte. Es lag ein Unterton darin: Wälow soll zurückkommen, Bethmann-Hollweg wird nicht fertig. „Realpolitik“, Diplomatie und Fortschrittssehnsucht sind in Cassel kunstvoll gemischt worden.“

* Bau eines Handwerker-Erholungsheims. Zur Errichtung eines Handwerker-Erholungsheims ist vor einigen Tagen ein 6½ Morgen großes, im reizenden Rautenbach gelegenes Grundstück von den Handwerkskammern in Rheinland-Westfalen und Jessen-Nassau angekauft worden. Mit dem Bau soll im Frühjahr nächsten Jahres begonnen werden. Die Mittel sollen durch eine Lotterie, durch Geldbewilligung der Kammern und durch freiwillige Unterstützungsspenden aufgebracht werden.

* Die Vereinfachung der Vereinfachungstheorie. Ein bemerkenswertes Bekenntnis über die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter findet sich in dem offiziellen Organ des Zentralverbandes der Maurer, an dessen Spitze der Abgeordnete Bömelburg, der Abgeordnete von Dortmund-Hörde, steht. Es heißt da in gerechter und objektiver

letzten Jahre — nur noch schwer verpflanzen läßt. Darin ist er eigen, sonst aber zeigt er sich zäh und genügsam. Bei guter Nahrung und feuchtem Standort wird er natürlich üppiger als auf dürrigem Boden. Aber selbst auf trockenen, armen Seiden kommt er fort, ein treuer Genosse des Wacholder und der Erika, wie die vielen Birken in der Düneburger Seide beweisen, und er bringt sogar bis zum Nordkap vor, überall geschätzt, denn wenn er auch keinen rechten Schatten gibt, so sieht er doch sehr hübsch und malerisch aus. Sein zähes und feinförniges, weißes Holz ist, wenn auch nicht zu Bauzwecken, gut zu brauchen, so in der Stellmacherei und zu Schuhzwecken. Aus den schon gemachten Wurzelstöcken werden hübsche Dosen, zumal Schnupftabaksdosen, gemacht. Der Birkenbeer, den man aus dem Baum gewinnt, ist als besonders säuerlich-widrig sehr geschätzt und die Trefflichkeit und der Wohlgeruch des russischen Ruchtenleders ist nur der Birkenrinde zu verdanken, die fast unvertüßlich ist und in nördlichen Ländern als Bedachung in hohem Ansehen steht. Aus dem Birkenlaub gewinnt man einen gelben Farbstoff und die elastischen Birkenreiser sind zu Besen nicht minder nützlich wie als beliebtes Zuchtigungsmittel. Ja, die pädagogischen Verdienste des braven Baumes sind über jeden Zweifel erhaben und rivalisieren nur mit denen der Haselstaude und des spanischen Rohrs.

Der Volksglaube oder — Aberglaube hat der Birke noch den einen oder anderen Vorzug angedichtet. So soll sie, in einem Obstdgarten gepflanzt, schädliche Insekten abhalten und auch selber von ihnen nicht zu leiden haben. Das ist nun zwar nicht der Fall, aber immerhin ist die Birke verhältnismäßig wenig von Insekten befallen, und während beispielsweise auf der Eiche einige hundert Kerfarten leben, gibt es kaum ein paar Dugend

Virkengäste. Einzelne Schmetterlingsraupen nähren sich von ihrem Laube, so die unseres schönen Trauermantels. Verschiedene Spinner und Spanner lassen es sich bei ihr wohl sein, und mag die Birke noch so vereinzelt stehen, die betreffenden Schmetterlinge finden zur Eiablage doch den Weg zu ihr. Ich selber entdeckte eines Morgens an unserem Birken eine große Raupenkolonie des Weißbirken-spinners. Sie saßen stark und steif, ein seltsamer Anblick, eine hinter der anderen rund um einige Birkenblattstämme herum, alle mit spinnenartig aufgerichteten Vorderleibe. Ihre Hoffnung, daß dieses Exerzium sie vom Tode des Zertretens werden rette, erfüllte sich natürlich nicht. Unser Birken steht sozusagen noch in den Kinderjahren. Es ist derzeit etwa fünf Meter hoch, hat also nur den fünften bis achten Teil der Länge eines ausgewachsenen Baumes. Es werden auch noch einige Jahre darüber hingehen, bis es sein Pubertätsalter erreicht und im April mit den ersten Blättchen seine männlichen und weiblichen Blüten, zierliche Näschen, entfaltet, die, nach dem Prinzip der Koedukationschule, auf demselben Baum zusammenhaußen. Sie machen bei uns im April, mit der Heimkehr der ersten Einavogel schon Hochzeit. Der freundliche Bengwind spielt den Kuppler und führt den Blütenstau der männlichen Näschen in ganzen Wolken der Narbe der weiblichen Blüte zu, und zwar ist die Kapazität der männlichen Näschen so groß, daß die Pollen eines einzigen ausreichen würden, 1000 weibliche Blüten zu befruchten.

Die Biologie und die Physiologie der Birke ist auch sonst sehr interessant. Der aufsteigende Saftstrom im Frühling ist so stark, daß er nach den Gelecken der Knapfartität in der Stunde ein bis zwei Meter steigt, nachdem die Wurzeln durch Endosmose, Aufsaugung, die wiederum durch freundliche Vermittlung eines die

Wurzeln umspinnenden Pilzes bewirkt wird, dem Boden die Feuchtigkeit entziehen. Es ist eine ganz gewaltige Kraftleistung, die der Baum in seiner Vegetationsperiode so betätigt. Sie ist etwa viermal stärker als die Kraft, mit der sich das Blut in der großen Schenkelslagader eines Pferdes bewegt. Und welchen Durst entwickelt eine Birke! Als ausgewachsener Jeder verdundet sie auf einigermaßen feuchtem Boden in zwölf Tagesstunden etwa 1000 Liter Wasser. Da ihr die meisten Bäume darin nichts nachgeben, kann man verstehen, wie viel Wasser ein Wald braucht, kann daraus ermessen, wie notwendig die Wälder zur Regulierung der niedergehenden Regenmengen sind und wie schädlich eine rücksichtslose Abholzung für ein Land ist.

Nach derartigen sommerlichen Kraftleistungen hat der Baum seine Wintersruhe wohl verdient. Auch unser Birken rüftet sich eben zur Ruhe und prangt schon in einem leuchtenden Goldgewande. Sein Stärkevorrat in den Blättern ist bereits in das Mark zurückgewandert. Durch Oxydation hat sich das Chlorophyll, das Blattgrün, in Karthophyll, in Blattgelb, verwandelt. Eine abschließende Korfschicht hat sich zwischen Blatt und Stengel gebildet und das Blatt gelockert. Der nächste Herbststurm wird die toten Blattgerippe davon führen, um auf den Wegen sein lustig Spiel mit ihnen zu treiben. Aber, wie der Sommer schon die männlichen Blütenläschen für das nächste Jahr präparierte, ganz wie beim Haselstrauch, so bereiten sich an unserem Birken auch die Blattknospen für das große Frühlingsfest, für das Ostaraest, leise vor, wenn es auch erst in einem halben Jahre eintritt. Wie werden wir uns alle freuen, wenn erst wieder der „Maien“ grünt, der sich da aus eigenem Antrieb an unserer Haustreppe so freundlich auf die Wacht gestellt hat.

Beurteilung der Verhältnisse u. a.: „Seit einigen Jahrzehnten beobachten wir ein, wenn auch langsames, so doch unaufhörliches Emporsteigen der proletarischen Massen. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter hebt sich zusehends, und der moderne Proletariat ist heute in der Lage, mehr Ansprüche an das Leben zu stellen und seine Bedürfnisse besser und reichhaltiger zu befriedigen, als dies jemals der Fall gewesen ist; auch seine soziale Wertung ist gestiegen.“

Rechtssprechung und Verwaltung.

Der Senatspräsident am Reichsgericht, Oshausen, tritt am 1. November d. J. in den Ruhestand. Oshausen gehörte dem Reichsgericht vom Jahre 1890 an, und zwar als Reichsanwalt, später als Oberreichsanwalt. In dieser Eigenschaft vertrat er 1907 die Anklage im Hochverratsprozess gegen den Genossen Liebknecht. Nach seinem eigenen Geständnis mußte er die Anklage auf Befehl erheben, womit das Urteil nicht nur über den Prozess und die Veranlasser, sondern noch viel mehr über den unabhängigen Oberreichsanwalt gesprochen wurde. Oshausen ist 1907 zum Senatspräsidenten ernannt worden und ist jetzt 66 Jahre alt.

Heer und Flotte.

Personal-Veränderungen. Marschall v. Sulici, Gen.-Lt. und Kommandeur der 12. Div., in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit der gesetzlichen Pension zur Disp. gestellt. * Tüffert, Gen.-Major und Kommandeur der 10. Inf.-Brig., mit der Führung der 12. Div. beauftragt. * v. Dittfurth, Oberst und Kommandeur des Inf.-Regts. von Horn (8. Rhein.) Nr. 29, unter Beförderung zum Gen.-Major zum Kommandeur der 10. Inf.-Brig. * v. Busse, Oberst und Kommandeur des Komm. Jäger-Bats. Nr. 2, zum Kommandeur des Inf.-Regts. von Horn (8. Rhein.) Nr. 29, * Frhr. v. Diepenbrock, Gräber, Major und Bats.-Kommandeur im Gren.-Regt. König Wilhelm I. (2. Westpreuß.) Nr. 7, zum Kommandeur des Komm. Jäger-Bats. Nr. 2 ernannt. * Trautefeldt, Major, aggreg. dem Inf.-Regt. von Gersdorff (Kurhess.) Nr. 50, tritt zum Stabs des Regts. über. * Zu Oberleutnant befördert: die Lt. Moos im Inf.-Leib-Regt. Großherzogin (8. Großherzog. Hess.) Nr. 117, * Achilles, * Debr. mann im 1. Nass. Feldart.-Regt. Nr. 27 Oranien. * Von seinem Kommando als Inf.-Offizier entbunden: Oberst. Schnackenberg im Nass. Feldart.-Regt. Nr. 27 Oranien, an der Kriegsschule in Hannover. * Neuffer, Festungsbaufeldwebel bei der Fortifikation in Mainz, zum Festungsbaufeldwebel * Königs, Oberst, scheidet am 31. Oktober aus der Schutztruppe für Kamerun aus und wird mit dem 1. Nov. 1910 im 1. Nass. Inf.-Regt. Nr. 87 angestellt. * Zu Räumlichen befördert: die Unteroffiziere Walter im Inf.-Regt. von Gersdorff (Kurhess.) Nr. 50, * Dombach im 1. Nass. Inf.-Regt. Nr. 87, * Cellarius im Inf.-Leib-Regt. Großherzogin (8. Großherzog. Hess.) Nr. 117, * Dr. Has, Stabs- und Bats.-Arzt des 8. Bats. 3. Leibreg. Inf.-Regts. Nr. 135, zum Kadettenhause in Oranienstein versetzt.

Truppenverlegung. Bekanntlich plant die preussische Heeresverwaltung die Verlegung eines Bataillons an die von Truppen entblößte Westküste von Schleswig-Holstein. Die Wahl ist auf die Stadt Heide gefallen, wo vor kurzem auch die Unterhofsangelegenheit erledigt worden ist. Die Stadt baut die Unterhofsräume und vermißt sie der Heeresverwaltung. Nach Heide soll das jetzt in Hadersleben stehende 2. Bataillon 84. Regiments verlegt werden, während nach Hadersleben das in Sonderburg garnisonierende 3. Bataillon 86. Regiments kommt.

Ausland.

Italien.

Zur wirtschaftlichen Lage. Aus Rom, 16. Oktober, wird uns geschrieben: Das die hiesigen Zustände doch zu bedenklichen Anlaß geben, geht aus der plötzlichen Einberufung des Ministerrates hervor. Dieser hat sich gestern mit der im Augenblick dringendsten Angelegenheit, der Finanzfrage, beschäftigt. Das vergangene Jahr war in allen Gebieten sehr schlecht, und manche Provinzen fordern besondere Subventionen. Eisenbahnen und Postangestellte verlangen unter Androhung des Streiks Gehaltserhöhungen, und die Kaufleute von Neapel drängen im Hinblick auf die miserable Geschäftslage darauf, daß durch ein besonderes Dekret die Beschäftigten hinausgeschoben werde. Der Ministerrat hat diese Forderungen geprüft und die zur Abhilfe geeigneten Mittel erwogen. Obwohl die dabei gefaßten Beschlüsse angeblich geheim sind, so ist doch so viel durchgesickert, daß die Regierung voraussichtlich an den Patriotismus der Kammer und des Landes appellieren wird, um neue Steuern zu fordern.

Persien.

Die persische Frage. Die englische Note ist noch nicht allgemein bekannt. Den Blättern zufolge ist das Kabinett zu einer Beratung über die Antwort auf die englische Note zusammengetreten. Es wird erklärt, die Schwierigkeit der persischen Regierung, die Ordnung aufrecht zu erhalten, sei rein politischer Art. Wenn die augenblicklich im Gange befindlichen Verhandlungen, in London eine Anleihe aufzunehmen, erfolgreich sind, werde die persische Regierung Schritte tun können, die die in der britischen Note erwähnten energischen Maßnahmen unnötig machen würden. Es wird weiter erklärt, der Fortschritt der Anleiheverhandlungen sei abhängig von der Haltung Englands und Russlands.

Die russischen Bedingungen. In Teheran geht das Gerücht, daß die russische Gesandtschaft der persischen Regierung für die Zurückziehung der russischen Truppen aus Persien folgende Bedingungen gestellt habe: Abfertigung des Generalgouverneurs von Usterbaischan, Konzession für eine Eisenbahn nach Reich und von Djoufa nach Taurig sowie die Konzession eines Automobildienstes nach Zelle, ferner eine Schiffahrtskonzession auf dem Urmiassee und die Erneuerung der Verträge der russischen Militärinstruktoren.

Ostasien.

Der erste japanische „Dreadnought“ wurde in Tokio im Beisein des Kaisers von Japan vom Stapel gelassen. Sein Name ist „Kawachi“. Das Schiff wurde auf der kaiserlichen Werft von Yokosuka im Januar 1909 auf Kiel gelegt. Bei vollständiger Ausrüstung wird das neue Schlachtschiff 20 250 Tonnen Wasserverdrängung besitzen, also 100 Tonnen mehr als der größte englische Dreadnought „Reptone“. Ein Schwesterchiff wird im nächsten März in Kure vom Stapel laufen.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Wiesbaden, 21. Oktober.

Die Lage des Arbeitsmarkts in Hessen-Nassau im September 1910.

Der Monat September erhält sein Gepräge durch eine kräftige Belebung des Arbeitsmarkts, die aus allen Teilen des Verwaltungsgebiets berichtet wird. Diese Belebung fällt freilich zusammen mit der in jedem Herbst einsetzenden Aufwärtsbewegung, so daß noch nicht ohne weiteres auf einen allgemeinen Aufschwung der Konjunktur geschlossen werden darf. Immerhin ist im Vergleich zum September des Vorjahres eine ganz bedeutende Erleichterung auf dem Arbeitsmarkt festzustellen. In der Metallindustrie stand durch die Auspurrungen in der Metallindustrie ein schwerer Kampf bevor. Doch stellte sich die Lage der Metallindustrie am Ende des Berichtsmontats als befriedigend dar. Im Automobilbau herrschte gute Beschäftigung. In dem Sattler- und Tapezierergewerbe sind gegen den Vormonat keine wesentlichen Änderungen hervorgetreten. Für Glaser und Nagelmacher und Wagner war reichliche Beschäftigung vorhanden, auch die Vermittlung von Schreibern war reg. Im Bekleidungsgebiete war die Lage im Berichtsmonat eine durchaus günstige zu nennen. Die Schuhfabriken sind durch zahlreiche Frühjahrshetzelungen gut beschäftigt. Das Baugewerbe war, wie immer im Herbst, gut beschäftigt. Im Buchdrucker- und Verlagswesen hat sich die Beschäftigungsmöglichkeit durch die Herstellung der Jahrbücher etwas belebt, so daß die Arbeitslosen wenigstens für einige Wochen Beschäftigung fanden. Die Beschäftigungsgelegenheit im Gastwirts- und Kellnerberuf ist gegen den Vormonat, der Jahreszeit entsprechend, etwas zurückgegangen. Die landwirtschaftliche Vermittlung erreichte im September ihren Höhepunkt. Erstensweise ist die Ausdehnung der landwirtschaftlichen Vermittlung derart gestiegen, daß die Arbeitsvermittlungstellen jetzt eher in der Lage sind, gut legitimierte Knechte und Tagelöhner in weit stärkerem Maße als früher vermitteln zu können. Als besonders erfreulich darf auch der Versuch eines Ausgleichs, wie er speziell zwischen Mainz, Wiesbaden und Frankfurt a. M. angestrebt wird, bezeichnet werden. Die Arbeitsvermittlung für Ungelernte war wie im vorigen Monat durchaus günstig. Der Arbeitsnachweis Wiesbaden verlangte eine größere Anzahl Erntearbeiter für auswärtige Bauarbeiten. Der Dienstbotenmarkt zeigte wie in jedem Jahr die bekannte Aufwärtsbewegung. Von den Organen des Mitteldeutschen Arbeitsnachweisverbands wurden, soweit Meldungen von den Kommunalen, bezw. Arbeitsnachweisen und Herbergen zur Heimat vorlagen, 11 819 Stellen vermittelt (gegen 11 100 im Vormonat), darunter Elbville 5, Weilerburg 5, Oberlahnstein 6, Wiesbaden a. M. 36, Herborn 38, Diez 54, Marienberg 69, Weilburg a. M. 2, L. 87, Limburg a. M. 127, Wiesbaden 1527. Die Statistik der Ortskrankenkasse Wiesbaden weist folgenden Stand auf: 1. Oktober 1910: 8909 männliche, 5361 weibliche versicherungspflichtige und 1094 männliche und 2607 weibliche freiwillige Mitglieder. Die Zahl der versicherungspflichtigen männlichen Mitglieder ist mit wenigen Ausnahmen gestiegen. Bei den freiwilligen Mitgliedern sind keine großen Verschiebungen eingetreten.

Personal-Nachrichten. Dem Baurat Adam Christian, dem praktischen Arzt, Stabsarzt der Reserve Dr. Karl Rolke, dem Stadtbauinspektor Regierungsbaumeister A. D. Friedrich Grün hierbist ist der Rote Adlerorden vierter Klasse verliehen, dem Lehrer A. D. Christian Roll zu Stierstadt im Oberamtstafel und dem pensionierten Gerichtsbauführer Wilhelm Wille zu Abensberg den königlichen Kronenorden vierter Klasse. Der Raurerpolier Karl Schmidt zu Heßloch im Landkreis Wiesbaden erhielt das Allgemeine Ehrenzeichen.

Vorsitzende des Volksrates. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die am Sonntagnachmittag, 3. Uhr, im großen Saal der „Turngesellschaft“ stattfindende Versammlung pünktlich beginnt, da der Saal mit Rücksicht auf die Wetterlage am Abend bereits um 6 Uhr geräumt sein muß. Es dürfte ein starker Besuch der Versammlung, auch von außerhalb, zu erwarten sein und sich auch aus diesem Grund Pünktlichkeit empfehlen. Selbstverständlich ist auch Damen der Zutritt gestattet.

Zur Untat in der Kaiserstraße. In der Angelegenheit der Freveltat auf dem Blumenweid an der Kaiserstraße ist kein Strafantrag seitens der Stadt gestellt, einfach um deswillen nicht, weil es sich dabei um eine rein qualifizierte Sachbeschädigung, d. h. um eine Tat handelt, die auch ohne einen solchen Strafantrag von Amts wegen verfolgt wird. Unsere Polizeiverwaltung hat in der Sache, sobald sie Kenntnis von der Freveltat erhielt, alles getan, was sie tun können. Wenn davon, daß ein bestimmter Mann der Täterschaft schon überführt sei, auch noch nicht die Rede sein kann, so besteht doch ein bestimmter Verdacht, und diesem wird zurzeit noch nachgegangen.

Die verklagte „Süddeutsche“. Vor der Zivilkammer am hiesigen Landgericht stand gestern Verhandlungstermin an in der Klage des hiesigen Zahnarztes V. Hennig gegen die Süddeutsche Eisenbahngesellschaft auf Unfallschaden in Höhe von 150 000 M. und 3000 M. Schmerzensgeld. Der Klagenanspruch stützt sich auf die §§ 821 und 823 BGB., nach welchen ein Geschäftsherr für die Fahrlässigkeit eines Angestellten haftbar ist, sobald er in der Auswahl seines Personals nicht die ihm gesetzlich obliegende Sorgfalt im Auge behalten hat. Der Tatbestand datiert auf den 16. Mai d. J. zurück, an welchem Tage an der Ecke Rhein- und Nikolaistraße sich eine Wagenarambolage zugetragen, deren Verschulden den Wagenführer Weintraud traf, das eine lebensgefährliche Verletzung des Klägers zur Folge hatte. Ein gegen diesen eingeleitetes Strafverfahren endete in der zweiten Instanz mit einer Verurteilung zu 50 M. Geldstrafe wegen fahrlässiger Körperverletzung. Der Vertreter des Klägers rechtfertigte seinen Anspruch dahin, daß auf Grund des Reichshaftpflichtgesetzes die „Süddeutsche“ zur Zahlung der obigen Summe verpflichtet sei. Der an dem Unfall faultbare Wagenführer Weintraud hat

eine 12tägige, theoretische und praktische Ausbildung genossen und sei alsdann sofort auf den verantwortlichen Posten gestellt worden. Eine derartige schnelle Ausbildung zeige, daß auf Grund des bei der Verklagten herrschenden Sparsystems eine Leichtfertigkeit in der Auswahl des Personals vorliege. Der Zustand des schwerverletzten Klägers sei derart, daß ein weiteres Hinausschieben des Prozesses nicht angebracht, vielmehr eine Beschleunigung geboten sei. Die Verklagte stellte durch ihren Rechtsbeistand ein Verzeichnis ihrerseits entschieden in Abrede. Das Gericht beschloß, einen Beweisbeschluss, bezw. eine eventuelle Urteilsverlängerung in den ersten Tagen des Monats November zu erlassen. Bei der Höhe des eingeklagten Anspruchs von 153 000 M. dürfte man auf den Ausgang des Prozesses gespannt sein.

Die Stadt Wiesbaden kam letztes Jahr nach dem Tod des Rentiers Gärtners, der jeden Sommer zurückgezogen dort lebte, durch Vermächtnis deselben in den Besitz des großen Grundstücks gegenüber dem Wasserturm. Der außerordentlich gehobene Verkehr, den die „Elettrische“ nach diesem herrlichen Aussichtspunkt vermittelt, zeitigte den Plan, hier oben eine Milchkuranstalt à la Dietenmühle zu errichten, und der Besitzer der Dietenmühle pachtete den großen Gartenkomplex mit Wohnhaus und Wirtschaftsgebäuden zu diesem Zweck für 1500 M. Die Ausführung dieses Plans scheint eine glückliche Idee zu verwirklichen und wird den Menschenstrom nach dem Wasserturm noch vermehren. Aber die angrenzenden zahlreichen Villenbewohner, die sich hier oben in einer „chemisch reinen“ Luft ergehen, werden sich, je nach der Windrichtung, an einen leisen Hauch landwirtschaftlicher Dünste gewöhnen müssen, ohne welche eben eine Milchkuranstalt nicht denkbar ist. Schlimm ist das auch nicht. Gehörte es doch vor wenigen Jahren noch zu den Unversammlern, Brustkrankte zur Heilung der Lunge im Kuchfall schlafen zu lassen. Und wenn sich bei Familienausflügen der Vater „bei Philipp“ an hohem „Appelwein“ erfrischt, schlägt sich die Mutter mit den Kindern auf die andere Seite zum Milchgenuss, und alles ist gekostet.

Die Vierstädter Straße auf der Strecke zwischen der Garten- und Bodenstedterstraße wird zurzeit einer gründlichen Veränderung unterzogen und erhält durch Verlegung des Trottoirs an die Villenmauer eine Verbreiterung von 5 Metern. Und da eine Anzahl Lindenbäume entsprechend beseitigt werden mußten, hat das ganze Straßensystem nicht nur, sondern auch der Villenkomplex ein Bild gewonnen, das die ganze Umgebung wesentlich gehoben hat. Zur Planierung mußten die Einfriedigungsmauern mit ihren schweren Quadern und Torbögen 3 Meter gehoben werden. Eine größere Anzahl Arbeiter fand dadurch Beschäftigung.

Der Streit um den Findexlohn. In nicht geringer Aufregung wurde gestern morgen eine Familie, die aus einem hiesigen Hotel abreisen wollte, verurteilt. Der Aufseher war eben mit dem Ausladen der Koffer beschäftigt und die Fremden wollten sich verabschieden, als eine der letzteren ihren Diamantring, den sie noch soeben an der Hand trug, verlor. Sie ließ sogleich den Umstehenden durch den Portier mitteilen, daß der Findex des Wertobjekts eine Beschreibung von 25 M. zu erwarten hätte. Der Ring wurde auch schließlich von einem Mädchen in einem Kellerschacht entdeckt und der Verkäuferin zugeföhrt. Diese glaubte nun die Findexin mit 10 M. abgeben zu können, doch war die Findex, unterstützt von dem Publikum, mit dem Betrag nicht zufrieden und forderte die ausgelegten 25 M. Der Streit nahm solche Formen an, daß noch ein Schlichter sich ins Mittel legen mußte, der der Verkäuferin klar machte, daß bei diesem Objekt (er hatte einen Wert von 1000 M.) die versprochenen 25 M. Belohnung doch ganz am Platz wären. Infolge dieser Intervention ließ sich denn auch die Verkäuferin des Rings herbei, der Findexin die geforderte Summe auszubändigen.

Einführung von Reichsschatenscheinen. Zufolge eines Bundesratsbeschlusses werden die mit dem Datum vom 10. Januar 1882 ausgetragten Reichsschatenscheine zu 50, zu 20 und zu 5 M., sowie die mit dem Datum vom 5. Januar 1889 ausgetragten Reichsschatenscheine zu 50 M. vom 1. Januar 1911 ab nur noch bei der k. preussischen Rentrolle der Staatspapiere eingelöst.

Rheingauer, die in Mainz beschäftigt sind, und Mainzer Geschäftsleute haben bei der Mainzer Handelskammer Beschwerde geführt, daß es denjenigen Personen, welche für einen Beginn der Arbeits- und Geschäftszeit um 6, 7 oder 8 Uhr aus Orten des Rheingaus nach Mainz fahren wollen, ohne großen Zeitverlust unmöglich ist, diese Zeiten einzuhalten. Die Morgenzüge aus dem Rheingau nach Mainz treffen in Wiesbaden so ein, daß ihnen eine entsprechende Fortsetzung nach Mainz fehlt. So hat z. B. der Zug Nr. 322, der um 6 Uhr 42 Min. vorm. in Wiesbaden ankommt, hier 38 Minuten Aufenthalt. Die Mainzer Handelskammer beschloß, die Eisenbahndirektion um Herstellung besserer Anschlüsse zu ersuchen.

Warnung vor einer Ausstellung. In deutschen Gewerbetreibenden wird zurzeit für ein Pariser Ausstellungsentnehmen gewonnen, das — abweichend von dem französischen Titel — als „Internationale Ausstellung für Gewerbe, Industrie, Hygiene, Nahrungsmittel, Getränke usw.“ bezeichnet wird, und das in der Zeit vom 24. November bis 6. Dezember in einem sogenannten „Palais de la Charité“ zu vorüberlich wohnhaften Proben stattfinden soll. Die „Ständige Ausstellungskommission für die deutsche Industrie“ muß von einer Beteiligung abraten. Die dort zur Ausgabe gelangenden „Auszeichnungen“ sind ohne Wert, und ihr öffentlicher Gebrauch wäre daher in Deutschland unstatthaft, bezw. strafbar.

Eperanto und Arbeiterkraft. Die täglich wachsenden internationalen Beziehungen zeitigen Früchte, an die vor 50 Jahren niemand gedacht hat. Diese Beziehungen greifen nicht nur hinüber auf die Großbetriebe der Staaten und Privatunternehmungen, nein, auch der Arbeiter spürt sie und hat mit ihnen zu rechnen. Denn er muß sich täglich gewärtig sein, in dieses oder jenes Land fahren zu müssen, um für seine Firma Arbeiten auszuführen. (Internationale Ausstellungen, große Maschinenanlagen, Brücken- und Tunnelbauten, Eisenbahnen, elektrische Zentralen usw.) Was es da heißt, in einem fremden Lande zu stehen, dessen Sprache man nicht versteht, das weiß gerade der Arbeiter am besten zu beurteilen; denn er verfügt gewöhnlich nicht über große Sprachkenntnisse und besitzt keinen goldenen Schlüssel, mit welchem er sich die Herzen und die Türen der Bewohner des ihm fremden Landes öffnen könnte. Wie anders,

wenn er sich mit Hilfe einer leicht erlernbaren Sprache überall verständigen könnte! Diesen ungeheuren Vorteil hat die Arbeiterschaft auch bereits erkannt. Wurden doch in 1 1/2 Jahren nicht weniger als 35 Arbeiter-Überantagruppen mit rund 2200 Mitgliedern im Deutschen Reich ins Leben gerufen. Auch in der hiesigen Arbeiterschaft steht die Gründung einer Gruppe bevor. Sie wird nach einem erläuternden Vortrag des Vorstehenden der hiesigen Überantagruppe am Freitagabend 9 Uhr einen Anfängerkursus in Esperanto beginnen. Wie wir hören, ist der Unterricht kostenlos und findet im hiesigen Gewerkschaftshaus statt.

Israelitischer Gottesdienst. Israelitische Kultus-gemeinde. (Synagoge: Michaelsberg.) Gottesdienst in der Hauptsynagoge. Freitag: abends 5.15 Uhr, Sabbat: morgens 9 Uhr, nachmittags 3 Uhr, abends 6.10 Uhr. Festwoche: morgens 7 Uhr, nachmittags 3 Uhr. Die Gemeindebibliothek ist geöffnet: Sonntag von 10 bis 10 1/2 Uhr.

Alt-Israelitische Kultusgemeinde. (Synagoge: Friedrichstraße 33.) Freitag: abends 5 Uhr, Sabbat: morgens 8 1/2 Uhr, nachmittags 3 Uhr, abends 6.05 Uhr. Festwoche: morgens 7 1/2 Uhr, nachmittags 3 1/2 Uhr, abends 6.05 Uhr. Sabbat: morgens 8 1/2 Uhr, nachmittags 3 1/2 Uhr, abends 6.05 Uhr. Chol Hamoad: morgens 8 1/2 Uhr, nachmittags 3 1/2 Uhr, abends 6.05 Uhr. Sabbat: morgens 8 1/2 Uhr, nachmittags 3 1/2 Uhr, abends 6.05 Uhr. Chol Hamoad: morgens 8 1/2 Uhr, nachmittags 3 1/2 Uhr, abends 6.05 Uhr. Sabbat: morgens 8 1/2 Uhr, nachmittags 3 1/2 Uhr, abends 6.05 Uhr.

Theater, Kunst, Vorträge.

* Das Spangenbergische Konservatorium für Musik veranstaltet Mittwoch, den 19. Oktober, in der Loge Platos einen zweiten diesjährigen Kammermusikabend, zu welchem ausschließlich Mitglieder des Lehrers-Kollegiums als Vortragende erschienen waren. Eröffnet wurde das Programm durch eine von Herrn Direktor Spangenberg und Kapellmeister Irmer mit bekannter Künstlerkraft zum Vortrag gebrachte Sonate für Klavier und Violine. An diese schloß sich der leider so selten gehörte Klavier-Quintett „An die ferne Geliebte“, mit dessen durchgeistigtem Vortrag sich Herr Kammerfänger W. Fahr (der erste Geigelehrer des Instituts) als ein in jeder Beziehung höchst schätzenswerter Sänger bewährte. Den Schluß des Abends bildete das bekannte E-Moll-Trio op. 1 Nr. 3, bei welchem der Königl. Kammermusiker Herr Wadhaus die Cellostimme übernommen hatte. — Die gestern abend zahlreich erschienene Subscribers (der Saal war wirklich beinahe voll) dankte den Ausführenden durch reichlichen Beifall und mehrfachen Hervorruf.

* **Königliche Schauspiele.** Heute gelangt im Hoftheater, wie bereits mitgeteilt, Wilhelmsbrunn Schauspiel „Die Karolinger“ zur Aufführung. In den Hauptrollen sind die Damen Eickelheim, Garbo, Schröder und die Herren Andriano, Herrmann, Kober, Keffler, Rodius, Schwab, Striebeck, Zaubler, Walberg und Weimig beschäftigt. (Abonnement A, gewöhnliche Preise.) — Zur Feier des Allerhöchsten Geburtstages Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin geht morgen Abends komische Oper „Fra Diavolo“ in Szene; die Titelrolle singt Herr Kammerfänger Senkel, während in den weiteren Hauptrollen die Damen Engell, Hehlhöhl und die Herren Erwin, Senke, Rehschütz und Weber beschäftigt sind. Am Sonntag, den 23. d. M., findet wie bereits mitgeteilt wurde, eine Aufführung der großen Oper „Armide“ von Gluck in der hiesigen Hofspieltheater bei aufgehobenem Abonnement und erhöhten Preisen statt.

Vereins-Nachrichten.

* Der „Stolze'sche Stenographenverein“, Einigungsverein Stolze-Schrey, hält am Freitag, den 21. d. M., seine diesjährige ordentliche Generalversammlung ab. Dieselbe beginnt um 8 1/2 Uhr in dem neuen Vereinslokal, Saalbau Turngymnastik, Schwalbacher Straße 8, Parterre, welches bei dieser Gelegenheit zum erstenmal bezogen wird.

* Der Männergesangsverein „Union“ feiert am Sonntag, den 23. Oktober, abends 8 Uhr, im Saale des Turnvereins, Dellmannstraße 25, sein 40jähriges Stiftungsfest, verbunden mit Konzert und Ball. Ihre Mitwirkung haben zugesagt: Frau A. Braunfisch-Schneider aus Frankfurt a. M. (Sopran), Konzertmeister Ferdinand Brühl (Violoncello) und Herr Gg. Weingart vom Spangenbergischen Konservatorium (Klavierbegleitung). Die Leitung liegt in den bewährten Händen des Herrn Musiklehrers Robert Herber. Es kommen u. a. zum Vortrag: „Die Mühle“ von Rodberts, „Die beiden Söhne“ von Hegar, „In schwäbischer Nacht“ von Schullen, „Soldaten-Abchied“ von Schütz, „Der Feuerreiter“ von M. Reumann, „Seimat“ von Weinberger und „Lieben und Leiden“ von Schütz.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

— **Bierstadt, 20. Oktober.** Auf Veranlassung des Herrn Regierungspräsidenten findet heute eine Besprechung statt, betreffend den Anschluß Bierstadts an die Wiesbadener Kanalisation. So wünschenswert an und für sich das Zustandekommen einer Kanalisation für unseren Ort erscheint, so muß doch betont werden, daß man hier kaum geneigt ist, unter ähnlichen Bedingungen wie die Gemeinde Sonnenberg mit Wiesbaden abzuschließen. Unsere Gemeindebehörden werden daher bei etwaigen Verhandlungen das Interesse unserer Einwohnerschaft scharf im Auge behalten müssen. Bierstadt ist, da der eigentliche Ort jenseits der Wasserscheide liegt, gar nicht auf Wiesbaden angewiesen und kann, wie ein bekannter Fachmann, Oberlehrer Schild von Jbslein, nachgewiesen hat, sehr wohl für sich kanalisieren. Jedenfalls billiger wie im Anschluß an Wiesbaden nach den Sätzen des Sonnenberger Vertrags. Nur das Willengebiet der Bierstadter Höhe würde eventuell am zweckmäßigsten an die Wiesbadener Kanalisation angeschlossen, falls dieser Anschluß zu billigen Sätzen zustande käme. Aber auch dieses Gebiet könnte ohne große Kosten an die Kanalisation des Ortes später angeschlossen werden, wie verschiedene Fachleute ausgeführt haben. Da zurzeit alle Landhäuser der Höhe mit Gruben versehen sind und die Ausfuhr derselben leicht ermöglicht werden kann, so befindet sich unsere Gemeinde keineswegs in einer Zwangslage, sondern kann in Ruhe an die Sache herantreten. Als erster Schritt würde sich die Anfertigung eines Kanalprojektes für das ganze bebaute Ortsgebiet empfehlen, das auch schon öfters von unseren Gemeindeförperschaften erwogen worden ist.

Hassanische Nachrichten.

ag. **Uville, 20. Oktober.** Am kommenden Sonntag wird hier die Feier des fünfzigjährigen Bestehens der Lateinschule stattfinden. Die Festlichkeit wird am Abend vorher mit einem Konsums eingeleitet. Am Sonntagvormittag ist in der katholischen Kirche Festgottesdienst, woran sich ein Festessen und abends Ball mit Unterhaltung anschließen werden.

ss. **Waldhof a. M., 19. Oktober.** Mit dem 11. Bau unseres Waldhofes (den nun doch wohl im nächsten Jahre begonnen zu werden, da den betreffenden Grundstücksbesitzern, deren Gelände bei dem Umbau in Betracht kommt, dieser Tage die Mitteilung erging, daß ihre Grundstücke mit 1. April in den Besitz des Eisenbahnstaats übergingen und daß der Kaufpreis von diesem Tage ab mit 4 Proz. verzinst werde,

u. **Schwandheim, 19. Oktober.** Der Arbeiter Eder, der mit seinem Anspruch gegen die Zahlung von Brückengeld auch an der Straßammer Freispruch erzielt, macht Schule. Am Montag weigerten sich neun Arbeiter, Brückengeld zu zahlen. Die Gemeinde schickte jedem eine Forderung des Wochenbetrags. Am Dienstag früh zahlten sie 1.05 M. Brückengeld und lösten ihre Haftensur. Man muß so eine Sache nur richtig anstellen.

u. **Arnoldsheim, 19. Oktober.** Am 28. Oktober feiern die Eheleute W. Sachs 1r das Fest der goldenen Hochzeit. Die Jubilantin steht im 85., der Jubilant im 81. Lebensjahr.

r. **Vordhausen, 19. Oktober.** Defon und Kreischausinspektor Gramig, welcher seit nahezu 17 Jahren die katholische Pfarstelle zu Ulfingen bekleidet, ist mit dem 1. November d. J. hierher versetzt.

e. **Brachbach, 20. Oktober.** Die am 13. Oktober begonnene Lesefest liefert einen Ertrag von einem Drittel des vorjährigen. In vielen Bemerkungen am Mittelbeim lobt es sich nicht, daß die Winger mit der Lesefest beginnen, da sie mehr an Arbeitslohn vorausgeben, als sie einnehmen. Der Wingerverein Oberlöhstein zahlt dieses Jahr seinen Mitgliedern für die Trauben 22 Pf. pro Fund.

ic. **Dillenburg, 20. Oktober.** Auf Veranlassung der königlichen Regierung bereist am 20., 21. und 22. Oktober eine Kommission den Obermerfeld und das Dillgebiet zur Besichtigung der bereits meliorierten Weidenflächen. Die Kommission besteht aus Reg.-Rat Presges-Wiesbaden, Landesbauplanm. Krefel-Wiesbaden, dem Präsidenten der Landwirtschaftskammer W. Mann-Rüdiger-Frankfurt a. M. und dem Meliorations-Ratemeister Riemann-Dillenburg. — Eine Besichtigung der Pferde- und Zuchtbestände in Nassau wurde im Laufe dieser Woche von Professor v. Rathenau-Jena und dem Landwirtschafts-Inspektor Keiser-Wiesbaden vorgenommen, und zwar in den Orten Erbenheim, Krefel, Homburg v. d. S., Oberbrechen, Hadamar, Limburg, Montabaur, Runkel und Dillenburg. Das vorgeführte Material, ca. 400 Pferde, meist Stuten, zeigte mit großer Deutlichkeit, daß die Pferde zu 1/2 in Nassau im Laufe der letzten Jahre sehr bedeutende Fortschritte gemacht hat, gleichzeitig wurde festgestellt, daß das Zuchtmaterial am königlichen Landgestüt Dillenburg sich in hervorragender Weise gebessert hat. Der Regierungsbezirk Wiesbaden kann es deshalb getrost unternehmen, als neues Zuchtgebiet auf der Ausdehnung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft in Cassel 1911 aufzutreten.

b. **Seckenbach, 19. Oktober.** Einer der ältesten, im aktiven Dienste stehenden Unteroffiziere mag wohl der beim hiesigen Bezirkskommando diensttunende Bezirksfeldwebel D. n. d. e. sein, welcher dieser Tage auf eine 40jährige aktive Dienstzeit zurückblicken konnte. Dem alten Soldaten wurden zahlreiche Anerkennungen zuteil.

Aus der Umgebung.

** **Friedberg, 20. Oktober.** (Eigener Drahtbericht.) Sämtliche Maurer hier und in Bad Nauheim haben heute morgen die Arbeit niedergelegt. Sie verlangen statt 45 Pf. 50 Pf. Stundenlohn. Die Arbeit an staatlichen und privaten Bauten ruht. Heute findet eine Sitzung der Arbeitgeber statt, in der eine Einigung angebahnt werden soll. An dem Ausstand sind ungefähr 500 bis 600 Maurer beteiligt.

w. **Frankfurt a. M., 20. Oktober.** Aus Liebeskummer erschloß sich heute vormittag in der Burgstraße ein Kaufmann. Die Leiche wurde nach dem Vornheimer Friedhof verbracht. — Heute vormittag gegen 9 Uhr stürzte das 10jährige Mädchen Marie Schäfer im Hause Rosellstraße 13, als es das Treppengeländer hinuntersteigen wollte, vom 5. Stockwerk ins Parterre; es erlitt einen Wirbelsäulenbruch und einen Schädelbruch. Der Tod trat auf der Stelle ein.

w. **Gladenbach, 20. Oktober.** Heute stürzte in Sandstein bei Eisenroth der Bergmann Seel in einen Schacht und war sofort tot.

* **Mainz, 20. Oktober.** Rheinpegel: 73 cm gegen 77 cm am gestrigen Vormittag.

Gerichtliches.

Aus Wiesbadener Gerichtssälen.

ag. **Was man unter Musikaufführung versteht.** Eine Entscheidung prinzipieller Natur fällt die hiesige Straßammer. Unter der Beschuldigung, in der Nacht zum 6. August in seinem Lokal, Bärenstraße 6, ohne polizeiliche Erlaubnis musiziert zu haben, hatte der Cafetier Rudolf E. von hier eine polizeiliche Strafverfügung erhalten, die er im Weg der Berufung bei dem Schöffengericht anfocht. Der Cafetier kam bei der Polizeibehörde um die Erlaubnis ein, in seinem Lokal Musikaufführungen veranstalten zu dürfen, die auch von der Polizei erteilt wurde, aber nur bis 2 Uhr nachts. In der Nacht, auf die die in Frage stehende Strafverfügung Bezug nimmt, veranstalteten mehrere Personen nach 2 Uhr einen Geiger, ein Stück auf der Violine zu spielen. Obwohl der Geiger sein Instrument mit doppeltem Dampf versah, wurde infolge Interpellation eines Nachbarn doch Anzeige erstattet. Das Schöffengericht, das den Cafetier freisprach, vertrat den Standpunkt, daß weder von ruhestörendem Lärm, noch von einer Musikaufführung die Rede sein könne. Unter Musikaufführungen, welche einer polizeilichen Genehmigung bedürfen, sei ein ständiges Spielen mit mehreren Instrumenten zu verstehen. Die Straßammer schloß sich der Ansicht des Schöffengerichts an und verwarf die Berufung der Staatsanwaltschaft.

wc. **Ein raffinierter Betrug.** Der Hausbursche B. von Wiesbaden war kaum aus den Diensten eines Kaufmanns entlassen worden, da führte er zusammen mit einem Kameraden folgenden Streich aus. Man telegraphierte als Kaufmann A. an den Kaufmann M., sein Hausbursche habe sein Geld zu Hause liegen lassen. M. möge ihm 10 M. vorschicken, und da A. Kunde von B. ist, wurde der Aufforderung auch entsprochen. Der Bursche war damals stellenlos und in Not. Mit Rücksicht darauf ließ das Schöffengericht ihn mit 10 M. Geldstrafe davon.

Aus auswärtigen Gerichtssälen.

rs. **Coblenz, 19. Oktober.** Heute morgen begann unter großem Andrang des Publikums die Verhandlung gegen den schon seit längerer Zeit im hiesigen Gefängnis in Untersuchungshaft befindlichen 60 Jahre alten früheren Gefängniswärter, jetzigen Privatmann Karl Grub zu Grumbach, Kreis St. Wendel, der unter der schweren Anschuldigung steht, zu Mahen seine erste Ehefrau Barbara sowohl, als auch seine zweite Ehefrau Katharina vorsätzlich vergiftet zu haben. Zu der Verhandlung sind 3 Tage in Aussicht genommen. Es sind ungefähr 50 Zeugen und eine Anzahl Ärzte als Sachverständige geladen. Nachdem der Eröffnungsbeschluss verlesen ist, ergibt sich bei Feststellung der Personalien des Beschuldigten,

ten, daß er bereits empfindlich vorbestraft ist, und zwar am 5. August 1900 durch Urteil des Schöffengerichts in Mahen wegen Mißhandlung von Strafgefangenen zu 1 Woche Gefängnis, am 10. August 1901 von der hiesigen Straßammer wegen Sittlichkeitsverbrechen zu 6 Monaten Gefängnis und am 3. August d. J. durch Urteil der hiesigen Ferienstrassammer wegen versuchter Beamtenehe zu 2 Monaten Gefängnis. Letzteres Urteil ist noch nicht rechtskräftig geworden. Grub ist als Sohn eines Aderers und Schuhmachers geboren. Nachdem er aus der Volksschule entlassen war und sich dann einige Jahre anderweitig beschäftigt hatte, trat er im Jahre 1875 bei dem Feldartillerie-Regiment Nr. 8 in Coblenz ein und meldete sich dann nach seiner Entlassung 1877 bei dem Infanterie-Regiment Nr. 69 in Trier. Er wurde auch eingesehrt und wurde, nachdem er zum Unteroffizier befördert war, in das Infanterie-Regiment Nr. 125 nach Straßburg versetzt, von wo er 1883 als Invalide mit einer jährlichen Pension von 252 M. entlassen wurde. Nachdem er sich bei verschiedenen Verhältnissen gemeldet hatte, wurde er als Gefängniswärter im Gefängnis Coblenz angenommen und im Jahre 1886 in gleicher Eigenschaft an das Gefängnis in Mahen versetzt. In diesem Jahre heiratete er seine erste Frau, die er während seiner Militärzeit in Straßburg kennen gelernt hatte. Diese Ehe soll nicht besonders glücklich gewesen sein. Dieser Ehe sind zwei Söhne entsprossen, von denen der älteste als Unteroffizier dient, der andere in Herbed angestellt ist. Als er infolge seiner Verletzungen aus dem Amt entlassen wurde, verschlechterten sich seine finanziellen Verhältnisse. Seit 1905 lebte er mit seiner Frau in Gütertrennung. Die Ehefrau setzte im Jahre 1907, als die Gütertrennung rechtskräftig wurde, durch Testament vor dem Notar Raumanns ihren Ehemann als alleinigen Erben ein. Im Juli des folgenden Jahres fing die Ehefrau plötzlich an zu kränkeln, und trotz angewandter Mittel trat keine Besserung ein. Im Gegenteil, es verschlimmerte sich das Leiden, das als Magenkrebs angesehen wurde. Sie starb dann auch am 24. August 1908. Bereits 3 Monate später, am 15. Dezember, schritt der Beschuldigte zur zweiten Ehe, und zwar mit der Katharina, geb. Lipphard. Sie brachte ihm verschiedene Möbel und ferner annähernd 7000 M. in Pfandbriefen mit in die Ehe. Die Ehe war anscheinend eine glückliche. Am 29. September 1909 wurde die Ehefrau bei dem Allgemeinen deutschen Versicherungsverein in eine Lebensversicherung in Höhe von 6000 M. aufgenommen. Ende Dezember fing auch diese Frau plötzlich an zu kränkeln und starb dann auch nach verhältnismäßig kurzer Zeit am 18. Januar d. J. unter denselben Vergiftungserscheinungen wie die erste Frau.

Die Radbod-Katastrophe vor Gericht.

sh. **Bodum, 19. Oktober.** Dem Angeklagten, Redakteur Theodor Wagner, steht der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Heine zur Seite. Der Angeklagte bestreitet, daß der Artikel beleidigender Natur sei und nahm für sich den Satz des § 193 in Anspruch. Erster Zeuge ist der Bergwerksinspektor Holländer, der entschieden befreit, daß er gesagt habe: „Was lebt, das lebt, wir müssen hinaus!“ Als die Rettungsarbeiten abgebrochen wurden, könne kein Mensch in der Grube mehr am Leben gewesen sein. Zeuge Bergarbeiter Ruehn ist an dem Unglücksmorgen mit eingefahren und will von einem Kameraden gehört haben, daß noch Lebende in der Grube seien. Er will Weinen gehört haben, und zwar aus der östlichen Straße. Er und seine Kameraden kamen aber nicht durch. Eine Meldung habe er nicht erstattet, weil die Herren schon fort waren. Wenn man die Rettung von anderer Stelle aus versucht hätte, wäre sie nach Meinung des Zeugen möglich gewesen. Der Zeuge behauptet auch, daß wohl Schläuche nicht aber genügend Wasser zum Löschen da war. Auch die Missetatung war in Ordnung, doch konnte wegen des Wassermangels nur einmal statt dreimal am Tage gespritzt werden. Bergarbeiter Artischka, der von einem österr. reichlichen Transporteur vorgeführt wird, will das fragliche Gespräch zwischen Holländer und Andree gehört haben, kann sich aber auf Einzelheiten nicht mehr erinnern. Die übrigen Zeugen, meist Bergarbeiter, sind ziemlich einstimmig der Meinung, daß die Vorfalls- und Sicherheitsmaßregeln sehr zu wünschen übrig ließen.

ss. **Das öffentliche Feilbieten einer Schulsumme.** Das Darmstädter Oberlandesgericht hat entschieden, daß das öffentliche Feilbieten einer eingeklagten Schulsumme unstatthaft sei. Ein Inzassobureau hatte einem Schuldner mitgeteilt, daß die gerichtliche eingeklagte Forderung seines Auftraggebers in verschiedenen Zeitungen ausgeschrieben würde, falls der Schuldner nicht zahle. Dieser erhob daraufhin Klage, und das Landgericht verbot dem Inzassobureau die angekündigte Anzeige in öffentlichen Blättern bei Androhung einer Strafe von 500 M. Die hiergegen eingelegte Berufung wurde vom Oberlandesgericht kostenpflichtig abgewiesen.

Gera, 20. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Oberlehrer Friedrich Köhler wurde wegen Sittlichkeitsverbrechen, begangen an Schülerinnen, zu vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Vermischtes.

* **Zu der Berliner Brandkatastrophe.** Durch die polizeilichen Ermittlungen über die Brandkatastrophe in der Neuen Friedrichstraße zu Berlin, der sieben Menschenleben zum Opfer gefallen sind, ist nunmehr festgestellt worden, daß in den Geschäftsräumen, in welchen der Brand stattgefunden hat, ohne polizeiliche Genehmigung Einbauten (durch Aufstellung von Zwischenwänden und Herstellung einer Garderobe für das Personal) vorgenommen worden sind, wodurch der Zugang zu der Haupttreppe beschränkt wurde, daß ferner die Türen zu zwei der vorhandenen Treppen unzulässigerweise während der Zeit, in der sich in den Geschäftsräumen Personen befanden, verschlossen gehalten worden sind, und deshalb die gefährdeten Personen nur durch einen Ausgang das Freie gewinnen konnten, daß endlich auch das Schloß dieser Tür inso-

Kursbericht vom 20. Okt. 1910.

Offizielle Kurse der Frankfurter Börse. • Eigener Drahtbericht des Wiesbadener Tagblatts.

1 Pf. Sterling	20.40
1 Franc, 1 Lire, 1 Peseta, 1 Lei	— 80
1 österr. fl. i. O.	2.00
1 fl. ö. Wrg.	1.70
1 österr.-ungar. Krone	— 85
100 fl. öst. Konv.-Münze	105 fl. Wrg.
1 skand. Krone	1.125

1 fl. holl.	1.70
1 alter Gold-Rubel	1.20
1 Rubel, alter Kredit-Rubel	1.10
1 Pers.	4.00
1 Dollar	4.00
7 fl. süddeutsche Wrg.	12.00
1 Mk. holl.	1.50

Staats-Papiere.

a) Deutsche.

1. D.-R.-Anl. unk. 1918

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

Zi.

a) Deutsche.

1. D.-R.-Anl. unk. 1918

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

In %.

a) Deutsche.

1. D.-R.-Anl. unk. 1918

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

Vorl. Ltz.

a) Deutsche.

1. D.-R.-Anl. unk. 1918

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

100.00

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21.
„Tagblatt-Haus“.
Schalter-Gasse geöffnet von 8 Uhr morgens
bis 8 Uhr abends.

27,000 Abonnenten.

2 Tagesausgaben.

Preisdruckerei-Aufsatz
„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.
Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Bsp. monatlich, M. 2.— vierteljährlich durch den Verlag
Langgasse 21, ohne Bringerlohn. M. 3.— vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, ausschließlich
Befreiung. — Bezugs-Bestellungen nehmen ausserdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle Wis-
senschaft 29, sowie die 118 Ausgabestellen in allen Teilen des Reichs; in Berlin: die dortigen 118 Aus-
gabestellen und in den benachbarten Randorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Verleger.



Anzeigen-Preis für die Zeilen: 15 Bsp. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“
in einseitiger Spalte; 20 Bsp. in beiden abwechselnden Spalten; sowie für alle übrigen lokalen
Anzeigen: 30 Bsp. für alle auswärtigen Anzeigen: 1 M. für lokale Anzeigen; 2 M. für auswärtige
Anzeigen. — Ganze, halbe, viertel und viertel Zeilen, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. —
Bei wiederholter Aufnahme unentgeltlicher Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechende Rabatt.

Anzeigen-Kategorie: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr nachmittags.

Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgedruckten Tagen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 492.

Wiesbaden, Freitag, 21. Oktober 1910.

58. Jahrgang.

Abend-Ausgabe.

1. Blatt.

Persiens „Beschützer“.

Die alte Fabel von den beiden eifrigen Beschützern des Hammes, die bei diesem ihrem Schutzhandwerk so in Harnisch gerieten, daß sie zuguterletzt den armen Schilling zerrissen, hat eine tiefe politische Bedeutung. Wenn mehrere Staaten sich zusammentun, um die „Unabhängigkeit und Integrität“ eines anderen Staates zu schützen, dann ist es mit dem letzteren übel bestellt. Man braucht zum Beweise hierfür nur an die französisch-spanische Einigung über Marokko, an die russisch-japanische Verständigung über die Mandschurei und Korea und an das englisch-russische Abkommen über Persien zu erinnern, dessen politische Bedeutung gerade jetzt in recht unerfreulicher Weise in die Erscheinung tritt.

In dem russisch-englischen Vertrag über Mittelasien vom 31. August 1907 ist die Erklärung enthalten, daß die beiden Mächte sich gegenseitig verpflichten, „die Unabhängigkeit und Integrität dieses Landes (nämlich Persiens) zu achten“, und daß sie „aufrichtig die Aufrechterhaltung der Ruhe in diesem Lande und ebenso die dauernde Einführung von Vorteilen für den Handel und die Industrie aller übrigen Völker wünschen“. Was es mit dieser Achtung der Unabhängigkeit und Integrität Persiens auf sich hat, erfährt man jetzt. Zwar hatte der Staatssekretär des englischen Auswärtigen Amtes, Sir Edward Grey, noch im Dezember 1907 in einer Erläuterung des mittelasiatischen Abkommens bemerkt, dieses habe Rußland sowie England in die Lage, sich der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Persiens zu enthalten, aber — nach dieser Zeit man's anders. Gerade das Abkommen mit England hat den russischen Truppen den Weg nach Persien geebnet und das Zarenreich zum Herrn der persischen Nordprovinzen gemacht. In der Besorgnis vor dieser Festlegung Rußlands in Nordpersien aber hat England nicht etwa gegen dies Vorgehen, welches doch der feierlichen Abmachung über die Unabhängigkeit und Integrität Persiens widerspricht, Einspruch erhoben, sondern es wendet die homöopathische Methode an. Gleiches mit Gleichem zu heilen, indem es sich seinerseits in Südpersien festsetzt. John Bulls homöopathisch-politischer Grundsatz lautet: „Haust du meinen Perser, hau' ich deinen Perser!“

Selbstverständlich haben Rußland wie England „zwingende Gründe“ für ihr Vorgehen. Gründe sind in der Politik so feil wie Brombeeren. Wenn Frankreich in Marokko, Rußland in der Mandschurei und Japan in Korea „Gründe“ hatten, weshalb sollte es an solchen den Russen und Engländern in Persien gebrechen? Die Lage in Nordpersien war nach der Erklärung der russischen Regierung so unsicher, daß eine

russische Besetzung erforderlich wurde. Und da diese Besetzung Widerstand und Unruhen hervorrief, so mußte sie verstärkt und verlängert werden! Ein so einfaches Rezept, daß England sich davon ein Duplikat geben ließ, um es in Südpersien anzuwenden. Die neueste Note des Kabinetts von St. James ist eine getreue Kopie der bewährten Taktik des Zarenreiches. Falls die Ordnung auf der Straße Abuscher-Isfahan nicht in drei Monaten — es ist dies die übliche Wechselfrist! — wiederhergestellt ist, wird eine persische Truppenmacht unter englischen Offizieren die Straße „schützen“. Im übrigen sind „selbstverständlich“ keinerlei Übergriffe gegen die Integrität Persiens geplant. So versichern wenigstens die englischen Offiziere. Es tut nicht weh, sagte der Storch, als er dem Frosch den Kopf abbiß.

Es wird zum Schluß Sache der anderen an Persien interessierten Mächte sein müssen, sich auch dafür zu interessieren, daß es diesem Lande nicht ergeht wie besagtem Kamm. Denn Persien selbst, welches dem englisch-russischen Vertrag nicht zugestimmt hat und nicht einmal darüber befragt wurde, ist nicht in der Lage, sich gegen seine „Beschützer“ zu wehren, und es vermag höchstens zu seufzen: Gott schütze mich vor meinen Freunden! Zu den Mächten, die in Persien viel zu gewinnen und dementsprechend viel zu verlieren haben, gehört aber wahrlich nicht in letzter Linie auch Deutschland, welches in Vorderasien so erhebliche Kapitalien investiert und die Bagdadbahn gebaut hat, daß es allen Anlaß hat, sich die Nachbargebiete dieser Bahn für seinen Export zu sichern. Es handelt sich hier um durchaus legitime Bestrebungen, die auf dem im Jahre 1873 abgeschlossenen Vertrag mit „Seiner Majestät, dessen Völker die Sonne ist, dem heiligen, erhabenen und großen Monarchen, dem unumschränkten Herrscher und Kaiser der Kaiser aller Staaten von Persien“ beruhen, und dessen vierter Artikel uns „die volle Meistbegünstigung, alle Rechte und Privilegien“ zusichert, „welche die Untertanen der meistbegünstigten Nationen in Handel und Schifffahrt gegenwärtig genießen und in Zukunft genießen werden“. Es wird Sache der Reichsregierung sein müssen, angesichts des Vorgehens Englands und Rußlands, die Welt um Welt von der persischen Artstunde abreißen, dafür zu sorgen, daß nicht etwa auch über die Interessen Deutschlands in Persien, wie vorher über die in Marokko, zur Tagesordnung übergegangen wird, und zu verhindern, daß an die Stelle der halbwegs abgewehrten politischen Einkreisung jetzt eine Art wirtschaftliche Einkreisung trete!

Die persische Antwortnote.

Teheran, 20. Oktober, 5.50 nachm. (Reuter.) Die persische Regierung sandte bisher keine Antwort auf die britische Note ab. Aus guter Quelle wird über den Inhalt der Antwortnote, die wahrscheinlich morgen oder am Samstag überreicht werden wird, folgendes berichtet: Die

persische Regierung führt die Unordnung im Lande hauptsächlich auf die Anwesenheit fremder Truppen zurück; sie habe die unbeabsichtigte Wirkung, daß sie die Reaktionen zu falschen Hoffnungen auf eine Wiedereinsetzung des früheren Schahs ermutige. Die Regierung begründet die Unordnungen ferner mit der Tatsache, daß die bisherigen Versuche, Geld aufzunehmen, sich als erfolglos erwiesen haben. Infolgedessen sei im Ausland die Ansicht verbreitet, daß es der persischen Regierung an sekundären Hilfsquellen ermangele. Die Bemühung, ein englisch-russisches Darlehen zu erhalten, sei fehlgeschlagen, weil die damit verbundenen politischen Bedingungen unannehmbar gewesen seien. Auch der Versuch, von einem Finanzbundel Geld zu erhalten, sei wegen anderer, hauptsächlich ebenfalls politischer Gründe erfolglos geblieben. Die Note bezieht sich ferner auf die Verhandlungen, die mit einem Londoner Hause stattfinden. Man beabsichtige, den größeren Teil der durch diese geplante Transaktion erlangten Gelder auf die Wiederherstellung der Ordnung zu verwenden und hoffe, daß die britische Regierung diese Verhandlungen günstig aufnehmen werde. Der wichtigste Punkt der Antwortnote ist das Ansinnen an die britische Regierung um Zustimmung zu einer Erhöhung der Zölle um 10 Prozent. Werde diese Zustimmung gegeben, so werde die persische Regierung die Verpflichtung übernehmen, den Überschuss zur Wiederherstellung der Ordnung zu verwenden.

bd. Teheran, 21. Oktober. Hier soll wieder eine Kabinettskrise bevorstehen, da das Parlament mit der augenblicklichen mangelhaften Lage unzufrieden und vom Regenten nichts zu hören ist, wodurch sich überall reaktionäre Mißgriffe bemerkbar machen.

Die amtliche Auffassung in Berlin?

Vielleicht sieht das Auswärtige Amt hinter folgender Meldung der „Mitt. N. N.“ vom Dienstag: „An amtlicher Stelle ist noch keine Mitteilung über die drahtliche Note Großbritanniens an die Regierung von Persien eingegangen, über die der „Times“-Korrespondent in Teheran zu berichten weiß. Man enthält sich daher hier eines Urteils über die Tragweite eines solchen Vorgangs und verweist nur auf die bekannte Auffassung, daß Deutschland in Persien keine politischen Interessen und Wünsche hat, daß aber in dem russisch-britischen Abkommen von 1907 der Grundsatze der offenen Tür anerkannt war. Auf dem Papier, gewiß. In Wirklichkeit aber hat der gute Anfang einer wirtschaftlichen Ausdehnung Deutschlands in Persien, für die namentlich der jetzige Unterstaatssekretär Stiemrich während der Zeit seiner Gesandtschaft in Teheran den Grund gelegt hatte, seit jenem Vertrag eine starke Hemmung erfahren, und zwar nicht bloß wegen der fortwährenden Unruhen in Persien, die Handel und Wandel lähmten, sondern auch besonders wegen der Eifersucht Rußlands und Großbritanniens, daß eine andere Macht neben ihnen wirtschaftlichen und finanziellen Einfluß in einem Lande erhalten könnte, über das sie eine Art Vorherrschaft oder wenigstens Vormundschaft ausüben. Diese Oberaufsicht zu beseitigen, ist sicher das Ziel der Londoner wie der

Fenilleton.

Die freie Schule.

Am 13. Oktober 1909 ist Francisco Ferrer, der Begründer der weltlichen Schulen in Spanien, hingerichtet worden oder, wie wohl nicht mit Unrecht behauptet wird, einem Justizmord zum Opfer gefallen. Zur Erinnerung an diesen Tag will das internationale Freidenkertum nach einem Kongressbeschluss alljährlich im Oktober Kundgebungen für die Freiheit der Schule veranstalten. Das hiesige „Freigeistige Kartell“ hat das gestern Abend getan; Stadtrat Dr. Rud. Benzig-Charlottenburg sprach über „Die weltliche Schule“.

Bogheer gedachte in seiner Eröffnungsansprache Ferrers, an Ferrer knüpfte Benzig an, indem er einen alten und wahren Kirchenspruch auf ihn und sein durchaus unkirchliches Tun und Wollen anwandte: „Mit dem Blut der Märtyrer wird der Bau der Kirche gestiftet“. Die Idee der weltlichen Schule marschiert unaufhaltsam vorwärts. Sie stellt den letzten Akt in der großen Kulturgeschichtlichen Entwicklung der Menschheit dar. Auf deutschem Boden, auf dem der Kampf zwischen Schule und Kirche, zwischen weltlicher und geistlicher Herrschaft begonnen hat, wird er wahrscheinlich auch zu Ende geführt werden. Auf der einen Seite wird die geistliche Macht der Kirchen aller Konfessionen, auf der anderen die Geistesmacht des modernen Helbenthums stehen. Bei der Frage der Verweltlichung der Schule handelt es sich nicht um ein Schulmeisterproblem, sondern um eine der allerletzten Fragen des ganzen Menschseins. In diesem Kampf werden wir mit Bewußtsein erleben, „wie Gott Mensch wurde“.

Das waren freie und kühne Worte, die der Redner hier sprach. Langsam, behutsam, mit größter Vorsicht Wort für Wort abwägend, entwickelte er seinen Gedankengang weiter.

„Wie Gott Mensch wurde!“ Verständlicher wird der Sinn dieses Satzes in dieser Fassung: „Wie die Menschen sich zur Götlichkeit emporarbeiteten“. Ein Akt auf die Bahn, die wir bereits durchgemacht haben; Furcht und unbestimmte Hoffnung im Anfang, dann festeres Vertrauen auf das Gute in der Natur und damit eine Umwandlung der Elementargötter in sittliche Potenzen. Aus dem Polytheismus wurde der monistische Gedanke: „Gott ist die Liebe“. Und endlich wurde das Verhältnis umgekehrt: Also ist menschliche Liebe göttlich und Gott. So sind wir langsam darn gekommen, zu sagen: „Sittlichkeit ist wahre Religion. Das Weltbild, das du dir machst, hat wohl Wert für dich, es hat auch künstlerischen Wert, aber keinen Einfluß auf die sittliche Gestaltung unseres Lebens“. Jeder trägt seinen Gott in sich, damit fallen die Dogmen.

Stehen wir auf dem Standpunkt, der hier nur ganz kurz und vielleicht etwas unzulänglich skizziert werden konnte, dann ergibt sich die Frage: „In welcher Weise sollen wir die Jugend weiter erziehen?“ ganz von selbst. Die Antwort kann nur lauten: „Nicht in der Weise der Vergangenheit, sondern indem wir Fortgeschrittenen Hand anlegen und die Jugend endlich ein wenig in die Sonne der tatsächlichen Welt schicken. Zwei Mächte stellen sich uns dabei entgegen, die Kirche und der Staat. Die gefährlichere Macht ist die Kirche, darum kann der Kampf gegen die Staatsschule zurückgestellt werden, bis der Kampf gegen die Kirchenschule entschieden ist.“

Der Kirche und der Schule waren die folgenden Ausführungen gewidmet, den Altkirchensschulen der römischen Kirche, den weltlichen gearteten und auf ein anderes Ziel gerichteten Schulen der Reformation, der Sinnlichkeit der Schulen im Anfang des 19. Jahrhunderts und der in der Gegenwart liegenden Zurückführung der preussischen Volksschulen unter die Herrschaft der Konfessionen, mit der das Problem gelöst wurde, mit den größten Kosten die schlechtesten Schulen einzurichten.

Daß Sittlichkeit und Religion zwei verschiedene Dinge sind, die nicht unbedingt miteinander verbunden sein müssen, ja, daß die Religion häufig sogar die wahre Sittlichkeit gar nicht auskommen läßt —, um dafür einen Beweis zu erbringen, führte der Redner Belgien an, in dem während einer zehnjährigen Trennung von Schule und Kirche die Kriminalität auffallend zurückging, während sie sofort eine erhebliche Steigerung erfuhr, als die Kirche sich die Schule wieder untertan machte.

Der Staat hat die Pflicht, für eine konfessionslose Schule einzutreten, er hat die Pflicht, auch dem „modernen Heidentum“ die Lebensquellen zu öffnen, die durch die Kirche verschüttet wurden. Der Staat als Rechtsgemeinschaft darf in seinen Schulen gar keine bestimmte Sorte von Religion pflegen; er darf das um so weniger, als er gar nicht in der Lage ist, „eine authentische Auskunft einzuziehen über das Reich, das jenseits unseres Erdenlebens liegt“. Er kann also allen Konfessionen gegenüber nichts tun, als Toleranz üben. Das erste Prinzip des Staats ist Toleranz, das erste Prinzip der Kirche dagegen Intoleranz; der Staat muß sich gewissermaßen horizontal orientieren, die Kirchen dagegen betätigen sich vertikal, sie blicken nur in die Höhe. Der einzige Standpunkt, den der Staat einnehmen kann, ist der, über den Konfessionen zu stehen. Das Hoheitsrecht des Staats über die Schulen darf nicht angegriffen werden, weil er in der Lage ist, zu erkennen, daß Jugend und bürgerliche Zucht nicht Produkte konfessioneller Meinungen sind, sondern auf weltlichem Wege erreicht werden können.

Nur aus dem Natur- und Gemeinschaftsleben ist überall die Sittlichkeit hervorgegangen, die lediglich in das Gewand der Religion gehüllt wurde, um sie eindrucksvoller zu gestalten. In dem Augenblick aber, in dem die Sittlichkeit ohne die religiöse Einheißung lebensfähig ist, kann diese fallen gelassen werden. Auch unser sittlicher Idealismus

Petersburger Politik. Darum halten wir die Nachricht der „Times“, Deutschland werde nicht stummer Zuschauer bleiben, trotz ihres sensationellen Aufpuges im Grunde für richtig. Wahrscheinlich ist allerdings keine Teilung und Einverleibung Persiens geplant. Sie könnte zu internationalen Verwicklungen führen, die weder für Großbritannien noch für Russland gegenwärtig gelegen kämen. Sie wäre namentlich auch für Großbritannien eine gewaltige militärische Aufgabe, die ein starkes und lohnspieliges Aufgebot von Truppen in Südpersien erfordern müßte. Aber daß die britische und die russische Politik gemeinsam eine „Beruhigungsaktion mit Waffengewalt“ unternehmen, da die Regierung in Teheran dazu vielleicht nicht den Willen, sicher nicht die Macht hat, darf man als nahezu sicher annehmen. Und damit läme man dem Ziel einer Befriedigung und Erweiterung seines politischen Einflusses in Persien wieder einen Schritt näher, gleichzeitig aber auch dem Zweck der Verdrängung wirtschaftlichen Wettbewerbes, bei dem in erster Linie Deutschland in Betracht kommt. Jedenfalls erfordert die Lage in Persien auch für unsere Interessen die ernsteste Aufmerksamkeit.

Berlin, 20. Oktober. Zum englischen Vorstoß in Persien schreibt der Berliner Mitarbeiter des „Standard“ und des „Daily Express“ seinen Blättern, er habe aus autoritativer Quelle erfahren, daß gegenwärtig ein Meinungs-austausch zwischen Berlin und Wien wegen dieser Frage stattfindet und daß die beiden verbündeten Monarchien beabsichtigen, gemeinsam gegen das britische Vorgehen in Persien zu protestieren. Man rechnet in Berlin darauf, daß Österreich-Ungarn jetzt seine Gegendienste leisten werde für die Unterstützung, die es während der bosnischen Angelegenheit von Berlin aus erhalten hat.

Die Türkei und Persien.

hd. Konstantinopel, 21. Oktober. Der persische Geschäftsträger protestierte gestern auf der Pforte gegen das Vordringen türkischer Truppen in Male und erklärte, Persien werde sich bis zum letzten Blutstropfen gegen seine Aufteilung wehren. Der deutsche und österreichische Botschafter besuchten gestern den Großvezir und berührten angeblich die persische Frage und die Anleihe.

Politische Übersicht.

Protestversammlungen.

Die Protestversammlungen, die der Volksverein gegen die bekannte Rede des römischen Bürgermeisters in ganz Deutschland abgehalten hat, mußten, wie vorausgesehen war, wieder dazu dienen, Wasser auf die Mühlen des Zentrums zu leiten. Keiner der Redner veräumte von der Besprechung der römischen Verhältnisse sehr schnell auf die deutschen überzuleiten. Die Warnung vor der „kirchengefährlichen“ und die Empfehlung der „guten“, d. h. der Zentrums-Presse, die Aufforderung zum Beitritt in den zentrumspolitischen Volksverein ergaben sich dann von selbst. Für die rhetorischen Leistungen, welche diese Protestversammlungen zeitigten, nur ein Beispiel: „Es ist wirklich viel verlangt von uns Katholiken“, so rief Graf Galen auf der Münsterschen Versammlung aus, „daß wir begeistert mitarbeiten sollen in einem Lande, in welchem das, was uns heilig, vogelfrei jedem Schimpf, jeder Verhöhnung preisgegeben ist. Das mag sich auch die Regierung merken.“ Das mag dieser Redner zu sagen in einer Rede für einen Papst, der gleich seinem Vorgänger sich wiederholt über die beispiellos glänzende Lage der katholischen Kirche in Deutschland ausgesprochen hat und nachdem ein hoher geistlicher Würdenträger vor kurzem erklärt hat, daß „die katholische Kirche getreulich von der Regierung unterstützt werde und daß ihre Diener geachtet und ge-

ehrt ihres Friedensamtes werten können“. Eine solche auf Unwahrheit beruhende Aufreizung des Volkes durch das Zentrum kam nicht scharf genug zurückgewiesen werden. — Auffallen mußte es auch, daß auf einer religiösen Versammlung, wie das doch die Protestversammlungen sein sollten und an der also Katholiken jeglicher Parteien teilnehmen konnten, Kardinal Fischer die Angelegenheiten des Zentrums zu behandeln für gut fand. Der Streit der beiden Richtungen im Zentrum, von denen Kardinal Fischer sagte, daß „er mit Mäßigung, mit Liebe und Selbsterleuchtung geführt werde“ (wobon allerdings bisher noch wenig bemerkt wurde), hat doch mit der Rede Rathans in Rom nicht das geringste zu tun. Die Lobeshymnen auf den Volksverein, die der Rechtsanwalt Dr. Schrömbgens auf der Kölner Versammlung vorbrachte, die scharfe Betonung seines gut katholischen Charakters, den Kardinal Fischer bei seiner demnächstigen Reise nach Rom auch dem Papst gegenüber betonen sollte, läßt nur zu deutlich den Zweck der ganzen Veranstaltungen erkennen. Der Volksverein benutzt die Rede Rathans, um sich selbst wieder als eine „gut katholische“ Organisation beim Vatikan in Erinnerung zu bringen, bei dem bekanntlich von anderer Seite aus ein ungünstigeres Bild von ihm entworfen worden ist. — Noch leichter machte es sich der Zentrumsabgeordnete Herzog von Arenberg auf einer Versammlung in Alt-Lunen, die der Volksverein einberufen hatte. Er bemerkte im Anfang seiner Rede, daß „leider der Volksverein jetzt einen Anlaß habe, seine Mitglieder um sich zu sammeln, um Protest gegen die Schmähungen des Bürgermeisters von Rom gegen den hl. Vater zu erheben“. Auf diesen Gegenstand verwandte dann der Herzog ein paar Sätze, um dann sehr bald überzuleiten auf eine Programmrede des Zentrums. Den Widerstand, daß auf dem „nichtpolitischen“ Volksverein ausschließlich Zentrumspolitik getrieben wird, glaubte der Herzog mit dem Satz abtun zu können: „Unsere Gegner wollen zwar nicht erlauben, daß wir uns auch über solche Dinge unterhalten, es ist aber unser gutes Recht.“ Punktum. Der Herr Herzog versteht sich auf bündige Beweisführung.

So gab die Rede des Bürgermeisters von Rom dem Zentrum — „leider“ — Anlaß, schwungvolle Volksversammlungen abzuhalten und sich über seine inneren Kalamitäten hinwegzuhelfen.

Neues aus Europas kleinstem Staat.

In Monaco, Europas kleinstem Staat, herrscht eitel Jubel und Freude. Fürst Albert hat seinen getreuen Unterthanen die langersehnte Konstitution geschenkt; er wird nun, wie seine neue Devise lautet, „Mit Hilfe Gottes und des Volkes“ regieren. Der Stadtrat von Monte Carlo hat den stolzen Namen einer monégassischen Nationalversammlung angenommen, und am Stadthaus wird eine prächtige marmorne Gedenktafel angebracht werden, die späteren Geschlechtern die Kunde von diesem großen Tag überliefern soll. Seit den aufgeregten Wochen der Revolution von 1848, in denen bereits ein ähnlicher Freiheits- und Freudentaumel die Bürger des Miniaturstaates ergriffen hatte, hat man einen solchen Fortschritt der inneren Politik nicht erlebt. In der äußeren Politik Monacos herrscht jedoch nicht ein so wolkenlos heiterer Himmel, sondern es sind Anzeichen eines Sturmes, wenn auch nur eines Sturmes im Wasserglase, vorhanden. Im Mittelpunkt dieser Beunruhigungen steht der einzige Sohn des Fürsten Albert, der Erbprinz Louis, der aus der ersten Ehe des Herrschers mit der Tochter des Herzogs von Hamilton stammt und auf Grund von allerlei Familienzwistigkeiten fern von seiner schönen Heimat unter strengstem Inzognito in

einem kleinen Ort an der englischen Küste lebt. Wird Prinz Louis von der Thronfolge ausgeschlossen, dann ist der nächste Anwärter auf die Herrschaft von Monaco Wilhelm von Württemberg, Herzog von Urach, der Neffe Alberts I., sein nächster Verwandter nach seinem Sohn. Die Franzosen sehen nun mit Beunruhigung der Aussicht entgegen, daß ein deutscher General, ein Ritter des Schwarzen Adlerordens, der mit einer bayerischen Herzogin verheiratet ist und in nahen Beziehungen zum württembergischen Hofe steht, Beherrscher der Monégassen wird. Monaco ist nämlich in den Jahren 1904 bis 1909 durch umfassende Arbeiten zu einem bedeutenden Hafenplatz geworden. Der Hafen, der eine Länge von 470 und eine Breite von 410 Meter hat, könnte ein trefflicher Kriegshafen werden; das erste Schiff, das in dem neuen Hafen von Monaco kreuzte, führte den Namen „Germania“. Das alles gibt Grund genug zu Beunruhigungen, und die französische Zeitschrift „Je sais tout“ hat deshalb den Erbprinzen Louis interviewt und über seine Ansprüche auf den Thron von Monaco ausgefragt. Der Prinz ist eine athletische Erscheinung und ein großer Anhänger des Sports, der die langen Stunden seiner unfreiwilligen Muße mit Angeln verbringt. Er erklärte, daß er keineswegs auf irgend eines seiner Rechte verzichtet habe, daß er den lebhaftesten Anteil an den Geschicken des Fürstentums nehme und daß er es tief bedauere, durch feindliche Einflüsse im Wirken für sein Vaterland gehemmt zu sein. „Der Fürst weiß, daß, wenn er es wollte, er keinen treueren und eifrigeren Mitarbeiter haben würde als seinen Sohn.“

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. In Ebenhausen bei München ist der in Dresden wohnhafte Geh. Kommerzienrat Hartmann, Dr. ing. h. c., Aufsichtsrat bei den Firmen Krupp, Dresdner Bank, Hartmann-Geinrich, Rauschhammer, Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken usw., im 69. Lebensjahre an Lungenentzündung gestorben.

* Eine Ehrung Kaiser Franz Josephs. Die Berliner Stadterordnetenversammlung stimmte der Vorlage des Magistrats zu, wonach der Platz am Opernhaus künftighin Kaiser-Franz-Joseph-Platz heißen soll, um dadurch dem Kaiser Franz Joseph eine besondere Ehre zu erweisen.

* Berufung ins Herrenhaus. Der Präsident des Oberverwaltungsgerichts, Wirkl. Geh. Rat Dr. v. Bitter, Präsident des Kammergerichts Heinroth und Oberbürgermeister Scholz von Danzig sind in das Herrenhaus berufen worden.

* Dernburg Oberbürgermeister von Berlin? Die „Berl. Morgenpost“ veröffentlicht einen Artikel, der geeignet ist, Aufsehen zu erregen. Der Artikel knüpft an die Unzufriedenheit an, die in weiten Berliner Kreisen mit der Berliner Stadtverwaltung besteht. Dieser Unzufriedenheit, die hauptsächlich zur Gleichgültigkeit gegen die Selbstverwaltung führen könnte, müsse bei der nächsten Oberbürgermeisterwahl durch die Anstellung eines Mannes von bedeutender Qualität Rechnung getragen werden. Berlins bisheriger Oberbürgermeister, Herr Kirchner, hat bereits erklärt, daß er eine etwa auf ihn fallende Wiederwahl nicht annehmen werde. An seiner Stelle schlägt nun die „Berl. Morgenpost“ den ehemaligen Staatssekretär des Kolonialamts, Dernburg, als neuen Oberbürgermeister vor, weil dies in der Bürgerschaft die allerpopulärste Entscheidung sei.

* Die Bedeutung einer Parole der Sammlung hat der Abg. Dr. Bachmide, der am Sonntag wieder als Reichstagskandidat für den von ihm seit 20 Jahren vertretenen Wahlkreis Paderborn-Ludwigslust einstimmig aufgestellt worden ist, in einer Versammlung in Plau wie folgt gekennzeichnet: „Eine Sammlungsparole würde jetzt nur bedeuten, daß der Liberalismus den Konserva-

mus ist nicht von dieser Welt, auch er hat mit dem zu tun, was sein soll, aber darüber, was sein soll, besteht bei uns keine Meinungsverschiedenheit. Wir wollen die Religion vor der Kirche retten; der Kampf gegen das Kirchentum tut bitter Not im Interesse der Religion. Was heute von der Kirche als Religion gelehrt wird, stimmt nicht mit unserer Weltanschauung überein; in der Kirche herrscht immer der Dualismus von Gott und Welt, in unseren staatlichen und modernen Anschauungen haben wir es nur mit dem Einheitsgedanken zu tun. Dort Versteifung auf einmalige historische Offenbarung, auf Wunder, hier die Vernunft; dort der Wahrheitsbesitz, hier die ewige Wahrheitssuche; dort die Idee der Menschlichen Verderblichkeit, der Erbsünde; hier das starke Vertrauen, daß das Kind mit unserer Hilfe besser werden kann, und daß der große Erlösungsweg der Menschheit nicht zu Ende ist; dort wird von Gnade geredet, hier von Selbsterlösung; dort Mäurer der Autorität, hier Männer der Freiheit; dort das ewige „Du sollst“, hier die Überzeugung, daß mit dem Mündigwerden des Kindes allmählich an die Stelle des „Du sollst“ das freudige „Ich will!“ treten wird.

Auch wir wollen Religion in der Schule, aber keine Dogmen; keine erstarrte Religion, sondern erlebte. Die dogmatische Religionsgeschichte muß in reinen Religionsunterricht aufgelöst werden.

Der Vortrag fand lebhaften Beifall; der Besuch war nicht besonders zahlreich. Dch.

Vom Kunstbanausentum.

Wir haben in Wiesbaden zwei rührige Kunstvereine und einige vorzügliche private Ausstellungen. Wir haben fast ein Viertelhundert Millionen, aber es wird ständig über den schlechten heimischen „Markt“ geklagt. Die Käufer rekrutieren sich in der übergroßen Mehrzahl aus reichen Aurgäßen, in der Stadt selbst bleibt wenig, und nur eine kleine Zahl reicher Leute scheint zu wissen, daß das „Noblesse oblige“ besonders der Kunst gegenüber angewandt sein sollte. Freilich, Kunst muß Bedürfnis sein, und Kunstfreunde, Freude an der Kunst, das bedingt immer ein gewisses Verständnis. Das Verständnis aber wiederum

ist ein Produkt des Interesses und der ästhetischen Schulung. Das fliegt dem Menschen nicht von selbst zu, indes er Coupons schneidet. So etwas will liebevoll erworben sein. Damit hapert es natürlich vielfach. Andererseits aber gehört es nun für einen reichen Mitbürger, der ein Haus macht, zum guten Ton, „wirkliche Gemälde“ an den Wänden zu haben. Eine unbequeme und teure Sache. Da kommen denn den Kunstlinden solcher Leute Bilderläden entgegen, die meist einige bessere und teure Sachen im Schaufenster stehen haben, dem ob der Preise solcher Lustobjekte erschrockenen „Interessenten“ aber tröstend mit großen, goldumrahmten, auch „wirklich echten“ Ölgemälden — unter die Arme greifen, die schon für hundert Mark oder noch weniger zu haben sind. Man kann in Prunkwillen, die Hunderttausende kosteten, viel von solch elendem, geradezu fabrikmäßig hergestellten Klinker bewundern, der den glücklichen Besitzer jedem wirklich Gebildeten sofort als einen ästhetischen Barbaren verrät. Man glaubt gar nicht, wie sehr der Kunstbanausentum in Deutschland noch vertreten ist und wie er sich obendrein noch progig breitet. Ob es wohl jemals anders wird, hier und — anderswo?

Der Wiedermann im Schönheitsdrange
Ist sich des rechten Weges klar;
Es zieht mit allen Herzenskräften
Ihm mächtig zum Drei-Mark-Basar.

Der Wiedermann voll Bildungshunger,
Im Nebel findet er den Pfad
Zur goldbronzierten Tempelpforte
Des großen Heiligen Surrogat.

Der Wiedermann, entwicklungstreibend,
Er riecht heroisch sich die Zeit
Zur Wandlung in die Lustgefilde,
Wo wohlgedüngt der Keim gediebt.

Der Wiedermann ist hoch zu preisen,
Der gute Mensch ist nicht so dumm.
Er lebe hoch, und mit ihm lebe
Sein Bildungsbildungsstern!

Als Prototyp wertlosen Klinkers, der freilich die Bezeichnung als „Original-Gemälde“ für sich in Anspruch nehmen kann, können gewisse Heidebilder in Pastell gelten, die jetzt überall grassieren und die die Unnatur gleichsam zum Prinzip erheben. Diese Nachwerke, die schon für 5 M. zu haben sind, fallen dem Kenner geradezu auf die Nerven und müssen einem das gestrichelte Haus, in dem sie Aufnahme

finden, verfehlen. Wenn doch die Leute, die nicht viel für Kunst ausgeben wollen oder können, einfach möchten, daß man heutzutage für wenig Geld schöne Reproduktionen kaufen kann, die an Wirkung den Originalen nicht nachstehen. Wir denken da z. B. an die farbigen Nachbildungen von Gemälden der Berliner Nationalgalerie und anderer Kunstsammlungen, welche die Vereinigung der Kunstfreunde (Berlin W., Markgrafenstraße 57) seit vielen Jahren herausgibt. Soeben hat sie wieder ein schönes Blatt ediert, Böcklins „Zentaur in der Schmiede“, ein Werk, das in seiner Farbwirkung von hervorragender Schönheit ist und in seinem Inhalt voll von köstlichem Humor. Ein alter Zentaur erscheint in der Schmiede und macht dem bätigen Meister klar, daß an seinem Hufe etwas nicht in Ordnung und daß er ihm den Schaden beheben möge. Dorfbesohner drängen sich heran und bestaunen das seltsame Wesen, das, halb Pferd, halb Mensch, aus der einsamen Wildnis hervordruch, um menschliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Das ganze Blatt, in der Größe 48:62 Zentimeter, kostet nur 20 M. Ein hervorragender, vornehmer Schmuck für jedes Heim und Hundertmal mehr wert, als das schlechte Originalgemälde eines Klinkermalers, und wenn dies das Pünfliche gekostet hätte. Wir können angesichts des vielen Original-Schundes, der heute so billig angeboten wird, nur dringend gute Reproduktionen künstlerischer Erfindwerke empfehlen, und raten jedem, der das „Schmilde dein Heim!“ in Angriff nehmen will, sich von der Vereinigung der Kunstfreunde den Katalog schicken zu lassen. Sch. v. B.

Aus Kunst und Leben.

O. K. Der Niedergang des Romans in England. Der englische Buchhandel kann in diesem Herbst auf einen Rekord zurückblicken: in den drei letzten Monaten sind in England nicht weniger als 5000 neue Bücher auf den Markt gebracht worden. Das „Publishers Circular“ veröffentlicht eine umfassende statistische Zusammenstellung, aus der eine symptomatisch bedeutsame Tatsache hervorgeht: der Roman, der jahrelang in England der begehrteste Lesestoff war, ist unauffällig im Niedergang und bereits heute in dem Hintergrund gedrängt. Einer der größten Londoner Ver-

tiden und dem Zentrum den Rücken deckt. Diese beiden Parteien brauchen, wenn ihnen die Polen und die Antisemiten helfen, den Liberalismus nicht; sie haben ohne ihn die Mehrheit, würden also keine Rücksicht auf ihn nehmen. Eben dadurch unterscheidet sich der Block des Fürsten Bismarck, in dem der Liberalismus unentbehrlich war, von dieser neuen Mehrheit. Das sieht auch Bismarck ein, und deshalb will er die Fühlung mit der Linken nicht verlieren. Die Sozialdemokraten bleiben die Republikaner und Klassenvertreter, die sie stets gewesen. Auf ihrem Magdeburger Parteitag hat der reiche Radikalismus gesiegt. Ein Bündnis von Bismarck bis Bebel ist, so wie die Dinge heute liegen, nicht möglich, sollte also aus der Diskussion ausscheiden. Auch eine Erörterung der Stichwahlfrage kann im Augenblick nur schädlich wirken. Über Stichwahlen spricht man, wenn sie da sind, und macht sein Verhalten von der alsdann vorhandenen allgemeinen Lage sowie von besonderen Gegenständen abhängig. Einmal haben wir die Fronte ebenso nach links wie nach rechts zu richten. Unabhängig und selbstständig nach allen Seiten steht der Liberalismus da im Vertrauen auf die überzeugende Kraft der Gedanken, die sein Wesen bilden."

* Mit der Frage, ob der Reichskanzler nationalliberal ist, haben sich konservative Blätter in letzter Zeit beschäftigt zu müssen geglaubt unter Berufung auf eine angebliche Äußerung des Reichskanzlers zu dem nationalliberalen Abg. Fuhrmann: „Ich gehöre meiner Weltanschauung und meiner Ausbildung nach weit eher zu den Nationalliberalen als zu den Freikonservativen.“ — Wir haben diese Äußerung zwar nicht erwähnt, da sie den Stempel der Erfindung an der Stirn trägt, wollen aber doch hervorheben, daß die „Nat. Rev.“ für nötig hält, zu versichern: „Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß der Kanzler weder diese noch eine ähnliche Äußerung über seine persönliche Stellung zu bestimmten Parteien dem Abg. Fuhrmann gegenüber getan hat.“

* Zur Fleischsteuerung. Die „Saaleztg.“ meldet: Der Fleischüberseher für Anhalt und die Provinz Sachsen, der sich vornehmlich mit Maßnahmen zur Bekämpfung der Fleischnot beschäftigt, formulierte zum Teil ganz neue Forderungen, und zwar Einfuhr von Zucht- und Schlachtvieh zu mäßigen Zollätzen, eventuell zu denen des alten Zolltarifs, Aufhebung der Quarantäne und Tuberkulinsimpfung für Schlachtvieh, zollfreie Einfuhr von Futtermitteln, höhere Besteuerung der Viehlosen Wirtschaften und sonstige Maßnahmen zur Vermehrung der Viehhaltung.

* Die Betriebseinnahmen der preussisch-hessischen Staatsbahnen betrugen im September 1910 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres im Personenverkehr 4,4 Millionen Mark = 8,65 v. H., im Güterverkehr 8,6 Millionen Mark = 7,63 v. H. mehr, insgesamt nach Abzug der Mindereinnahme aus sonstigen Quellen 12,5 Millionen Mark = 7,20 v. H. mehr. Die Zahl der Sonn- und Feiertage war in beiden Monaten gleich.

Rechtsprechung und Verwaltung.

Das neue Gerichtslosgesetz. In der Sitzung des Bundesrats wurde der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die durch die neue Strafprozeßordnung veranlaßten Änderungen des Gerichtslosgesetzes, angenommen.

Ausland.

Osterreich-Ungarn.

Der Marinekommandant über den Flottenausbau. Der Marine-Ausschuß der ungarischen Delegation begann gestern die Beratung des Marinebudgets. Marinekommandant Graf Montecucoli führte aus, daß im Jahre 1909 die Delegationen nicht zusammenkamen, konnte er das Schiffbauprogramm nicht vorlegen. Bei der fieberhaften Tätigkeit in den Marinearsenalen der Großmächte könnte und dürfte

leger äußerte sich darüber: „Wir veröffentlichen weniger Romane aus dem einfachen Grunde, weil das Publikum, welches Romane kauft, immer mehr abnimmt. Die meisten Romane werden nur noch den Leihbibliotheken entnommen, deren Abonnentenzahl in den letzten Jahren unaufhaltsam gestiegen ist. Es ist heute bereits eine Seltenheit, wenn ein anerkannter Autor von feststehendem Rufe mit einem neuen Roman fünf Auflagen erzielt; der Durchschnittsdrucker, wie talentvoll er auch sein mag, verkauft kaum mehr als 1000 oder 1500 Exemplare; dann werden die Druckplatten nach Amerika vergeben, und die Preise, die sich dabei erzielen lassen, sind so gering, daß der Verfasser damit kaum 60 M. verdient. Die einzigen Profabdichtungen, die heute noch auf einen regeren Absatz rechnen können, das sind die humoristischen Romane. Wirklich gute humoristische Romane finden auch jetzt noch ihre Liebhaber. Das Publikum will amüsiert werden und hat die psychologischen Romane satt, die immer wieder fernere Probleme behandeln oder die „großen Probleme der Menschheit“ zum Gegenstand haben. Wer die moderne englische Literatur verfolgt, wird auch beobachten, daß die Schriftsteller von dieser Wandlung des Geschmacks nicht unberührt geblieben sind und leichter, heiteren Stoffen sich zuwenden.“ An Stelle des Romans steht heute die populäre geschriebene historische Biographie, die zudem mit Illustrationen und Wiedergaben alter Manuskripte und zeitgenössischer Portraits versehen ist; sie ist es, die am meisten gekauft wird. Die englischen Büchererfolge der letzten Jahre bezeugen dies; Bücher wie „Lord Byron's Liebesaffären“, „Die Erlebnisse der Prinzessin Amelia“ (der Tochter Georgs III.), „Der Sohn Ludwigs XVI.“, „Heinrich II.: sein Hof und seine Zeit“, oder „Karl II. und sein Hof“ haben die größten Erfolge erzielt. Dabei sind die Preise solcher biographisch-historischen Werke in England verhältnismäßig sehr hoch, derartige Bücher kosten gewöhnlich 10 sh. 6 d., wenn sie nicht noch teurer sind.

Theater und Literatur.

Im hiesigen Hoftheater war gestern Herr Gustav Warbeck vom Hoftheater in Cassel an Stelle des erkrankten Herrn Henke in der Operette „Der Graf von Luxemburg“ aufgetreten. Er verkörperte die Titelfigur stimmlich und als Darsteller durchaus zufriedenstellend und durfte an dem

Osterreich-Ungarn, ohne auf Jahre hinaus auf jede Geltung zur See zu verzichten, nicht zurückbleiben. In dieser Erkenntnis wurde das Angebot des Stabilimento Tecnico, auf eigene Rechnung auf Grund der von der Marineverwaltung genehmigten Pläne zwei Schlachtschiffe zu bauen, da weiteres Zuzahlen nicht mehr ratsam, angenommen. Die beiderseitigen Regierungen stellten bisher nicht die Mittel für den vereinbarten Preis der beiden Schlachtschiffe zur Verfügung, noch erteilten sie Vorschüsse. Somit ist das Budgetbewilligungsrecht der Delegationen gewahrt. In den Delegationen für 1911 werde Montecucoli das wegen der Finanzlage auf mehrere Jahre zu verteilende Programm erörtern, er bitte deshalb dieses Programm und die damit in Verbindung stehenden Schiffsbauten gegenwärtig nach Tatkraft nicht zum Gegenstande einer eingehenden Erörterung zu machen. Das Budget für 1910 ist ein normales Budget. Die partielle Flottenmobilmachung bestand gut ihre Probe, alles tat das Möglichste von den höchsten Offizieren bis zu den jüngsten Matrosen. Montecucoli gab Aufklärungen über den Stand der Flotte, die ihr Möglichstes biete, aber infolge der unzureichenden Mittel von allen Großmächten entschieden die allerletzte Stelle einnehme. Er betonte die Notwendigkeit der Erhöhung der Zahl der Marinemanchanten und erklärte schließlich, das Budget für 1911 werde nur die unbedingt notwendigen Anforderungen an Schiffsbauten enthalten, um die Flotte wenigstens auf den Stand zu bringen, den sie bereits in den 60er Jahren hatte. — Der Marineauschuß der ungarischen Delegation nahm darauf das Marinebudget an und sprach der Marineleitung seinen aufrichtigen Dank aus für die außerordentliche Wirksamkeit im Interesse der Entwicklung der Kriegsmarine.

Der Votischer in Paris, Graf zu Rhevenhüller-Metsch ist in Wien gestorben.

Schweiz.

Massenaussperrung in der Uhrenindustrie. Die Inhaber der Uhrenfabriken des St. Imrichs und von Tramelan beschloßen zur Ausperrung ihrer Arbeiter zu schreiten. Von dieser Ausperrung in der Schweiz werden etwa 35 000 Arbeiter betroffen werden.

Frankreich.

Zum Vorgehen Spaniens in Marokko. Trotz der Erklärungen des Ministerpräsidenten Canalejas wird in einer anscheinend offiziellen Mitteilung mehrerer Pariser Blätter die Behauptung aufrecht erhalten, daß die spanische Regierung den Maghzen mit einer militärischen Expedition bedrohe, falls er ihre Forderungen, insbesondere die Kriegsentschädigung, nicht bewilligen sollte. Der „Siecle“ schreibt: Da Marokko außerhande ist, diese übrigens ungerechtfertigte Entschädigung zu bezahlen, und da die Forderungen Spaniens mit den Rechten der fremden Mächte unvereinbar sind, so ist die Lage recht ernst. Das „Journal des Debats“ spricht die Hoffnung aus, die spanische Regierung werde es zuwege bringen, den unbefriedigten Eifer ihrer „Marokkaner“ zu dämpfen, wie dies seinerzeit den französischen Ministern Briand und Pichon bei „ihren Marokkanern“ gelungen sei.

Eine Kabinettskrise? Aus dem letzten Ministerrat wird erzählt, daß es zwischen dem Arbeitsminister Viviani und seinen Kollegen wegen gewisser Vorkommnisse während des letzten Eisenbahnerstreiks zu Auseinandersetzungen kam, die beinahe zur Demission Vivianis geführt hätten. Vorläufig bleibt Viviani im Ministerium. Er macht seine fernere Entscheidung von der Haltung der Kammer abhängig.

England.

McKenna gegen Balfours Flottenalarm. Der erste Lord der Admiralität, McKenna, hielt in Manchester eine Rede, in der er erklärte, die alarmierenden Vorschläge, die Balfour in Bezug auf die englische Flottenstärke gemacht habe, würden weder durch Taffaden, noch durch beweiskräftige Zahlen unterstützt. Alle Parteien seien darüber einig, daß Englands Vorherrschaft zur See erhalten werden müsse. Die Frage laufe einfach darauf

lebhafte Beifall des Publikums berechtigten Anteil nehmen. Herr Warbeck ist geborener Wiesbadener, ein Sohn unseres ehemaligen langjährigen Tenorbuffos Warbeck.

Molnars und Palm's wichtige, wenngleich von dem Vorrecht der Satiriker über das Erlaubte hinaus gebrauchte machende Groteske „Der Herr Verteidiger“ errang auf der Neuen Wiener Bühne einen schallenden Erfolg.

Der Dramatiker und Romanschriftsteller Dr. Bloem in Berlin ist als Dramaturg an das Hoftheater in Stuttgart engagiert, der, wie verlautet, mit Beginn der Spielzeit 1911/12 seine neue Stellung antreten wird.

Bildende Kunst und Musik.

„Die schöne Fiesette“, Leo Fall's neueste Operette, wird als nächste Neuheit im Neuen Operetten-Theater in Berlin gegeben.

Mascagni hat nunmehr nach zweijähriger Arbeit seine Oper „L'Amore e la Morte“ vollendet. Das Libretto ist von Illica und behandelt eine mittelalterliche englische Königsage; die drei Akte heißen „Morgen“, „Mittag“ und „Abend“. Die Oper wird im New Theatre von New York am 21. November d. J. aufgeführt.

Wissenschaft und Technik.

Aus Paris wird der „Vossischen Zeitung“ vom 19. d. M. gemeldet: In der gestrigen Sitzung der Académie de médecine versuchte Professor Hallopeau auf Chrilis Telegramm eine lakone Antwort zu geben. Er machte allerlei unklare Redensarten über Fälle, in denen „606“ unwirksam oder schädlich gewesen wäre, ohne jedoch einen einzigen genau zu bestimmen, beschränkte sich aber im größten Teil seiner Ausführungen darauf, das „Sektin“ maßlos zu rühmen, ihm Wunderkuren nachzurühmen und es als das Mittel zu bezeichnen, das zwar langsam, dafür aber auch mit unfehlbarer Sicherheit wirke. Etwas Mäglicheres als diese Antwort kann man sich schwer vorstellen.

Auf seinem Grundstück zu Klein-Gietteritz bei Droschke hat ein Dachboden vorgezeichnete Kofferarbeiten aus Gold gefunden. Sieben goldene Schlangengirlande waren in einer im Erdboden versenkten schlangenförmigen Urne enthalten. Der Fund ist dem Museum für Völkertunde in Berlin anvertraut worden.

hinaus, genau zu bestimmen, welche Vorbereitungen notwendig seien, um Englands Politik den nötigen Nachdruck zu verleihen. Balfour habe behauptet, daß der Grad von Englands Überlegenheit so tief wie nie zuvor gesunken sei. Wichtiger sei jedoch zu sagen, daß mit wenigen Ausnahmen Englands Überlegenheit in Friedenszeiten niemals so groß gewesen sei. Balfour habe behauptet, daß, wenn eine andere Macht 21 Dreadnoughts fertig habe, England nur eine Überlegenheit von vier solchen Schiffen habe. Diese Macht habe jetzt 17 Dreadnoughts fertig, beziehungsweise im Bau, und vor Ende 1912 könne kein weiteres dieser Schiffsklasse fertig gestellt werden. England würde zu dieser Zeit 25 Schiffe haben, die teils fertig seien oder in kürzester Zeit fertig gestellt werden können. Wenn der Bau von vier, auf dem Bauprogramm des nächsten Jahres stehenden Dreadnoughts jener Macht in Angriff genommen werde, was nicht vor der Einbringung des nächstjährigen englischen Budgets geschehen könne, dann sei es Zeit genug, sich darüber schlüssig zu werden, welchen Maßstab England in Bezug auf seine Schiffsbautätigkeit in diesem Jahre zur Anwendung bringen wolle.

Belgien.

Ein beleidigendes Plakat gegen Kaiser Wilhelm. Die Sozialisten schlugen soeben ein beleidigendes Plakat gegen Kaiser Wilhelm an und fordern zum Besuch eines Protestmeetings am Vorabend der Antunft auf. Das Plakat, das zwei Deputierte unterzeichneten, zieht einen Vergleich mit dem Jaren, wirft dem Kaiser Vorenthaltung der Volksrechte durch die Verweigerung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen vor und fordert die Genossen auf, den heuchlerischen Hochrufen auf den Kaiser Hochrufe auf das deutsche Volk entgegenzusetzen.

Spanien.

Der Kongreß zur Bekämpfung des Mädchenhandels wurde in den Räumen des Ateneo in Madrid wegen Abwesenheit des Premierministers von dem Minister des Innern eröffnet. Während der Schlußrede des Ministers gaben die Anwesenden ihren Ärger kund über den Beschluß des Königs, alle Kongreßmitglieder ohne Unterschied der Konfession im Palast zu empfangen.

Portugal.

Eine Ministerkrise? Die „Agence Journalier“ erhält aus Lissabon die Nachricht von einer bevorstehenden Ministerkrise. Der Finanzminister, der Kriegsminister und der Minister der öffentlichen Arbeiten sollen dem Kabinett ihre Demission überreicht haben.

Der Minister des Innern ist nach Lissabon zurückgekehrt. Bei seiner Abfahrt von Coimbra brachte ihm die Bevölkerung lebhaftes Jubelungen dar. Der Führer der Regeneradores, Teixeira Souza, erklärte, er betrachte die Partei als aufgelöst. Er selbst ziehe sich einstweilen aus dem politischen Leben zurück und rate seinen Anhängern, sich offen der neuen Regierung anzuschließen.

Die neuen Gesandten. Über die Wiederbesetzung eines Teiles der erledigten portugiesischen Gesandtenposten ist bereits eine endgültige Entscheidung getroffen worden. Es bestätigt sich, daß Magalhães Lima zum Gesandten Portugals in Paris ernannt werden wird. Zum Gesandten in Rom wird der Republikaner Alexandre Braga ernannt werden. Zum Nachfolger des Marquis de Soveral in London ist der bisherige portugiesische Generalkonsul in London, Alalhe Reis, ernannt. Zum Gesandten in Madrid wird Herr Guerra Junqueiro ernannt werden. Nachfolger des zurückgetretenen Gesandten in Rio de Janeiro wird der bisherige Journalist Joao Chagas, der in der republikanischen Bewegung eine Rolle gespielt hat. Die Nachfolger der Gesandten in Berlin, Wien, Petersburg, die sämtlich demissioniert haben, sind noch nicht bestimmt. Die offizielle Ernennung der neuen Gesandten wird jedenfalls erst nach Anerkennung der Republik durch die Großmächte erfolgen. Und die Anerkennung durch die Mächte ist, wie in diplomatischen Kreisen verlautet, nicht zu erwarten, bevor das neue portugiesische Parlament das neue Regime bestätigt hat.

Änderung der Eidesformel. Ein gestern erschienenenes Dekret der Regierung schafft den religiösen Eid ab und ersetzt ihn durch die einfache Formel: „Ich schwöre bei meiner Ehre.“

Der Kuntus ist ins Ausland abgereist.

Russland.

Auffällige Begnadigung. Der „Sokolanziger“ meldet aus Sankt Petersburg: Das Kriegsgericht hatte den Polizeimeister Golosko, der drei Arrestanten, darunter den preussischen Staatsangehörigen Karl Trun, auf offener Straße ohne jede Veranlassung erschossen ließ, zum Tode durch den Strang verurteilt, das Urteil aber jetzt in zwei Jahre Gefängnis umgewandelt.

Bulgarien.

Auflösung der Donaukottile. Wie die Blätter melden, trägt sich die Regierung mit der Absicht, die Donaukottile aufzulösen.

Serbien.

Das Befinden des Kronprinzen. Nach dem Donnerstag um 10 Uhr abends ausgegebenen Bulletin ist wieder eine leichte Besserung im Befinden des Kronprinzen eingetreten; beide Lungen sind vollkommen rein.

Rumänien.

König Karol erkrankt. Meldungen aus Sinaita zufolge ist König Karol von Rumänien neuerdings erkrankt und muß das Bett hüten.

Vereinigte Staaten.

Der frühere Bundesminister Hill ist gestorben. David Bennett Hill war 1844 in Havana (New York) geboren, wurde 1882 Vizegouverneur und 1884 Gouverneur von New York. 1891 kam er in den Senat, vermachte aber nicht seine Kandidatur für die Präsidentschaft durchzusetzen.

Luftschiffe und Aeroplane.

Von der Gordon-Bennett-Ballonwettkampf. w. St. Louis, 20. Oktober. Ein Ballon, vermittelnd „Germania“, ist in Bogamafung (Kanada) gelandet. — Ferner wird gemeldet, daß ein anderer Ballon in der Nähe

Versteigerungstermin zu spät angefahren war. Nach dieser Sitte kommt der Termin des Ballabst den Grundstücksbesitzern zu. Infolge der oft ungünstigen Witterung und der vielfachen Stürme gab es eine kleine Ballabst, so noch kurz vor der Versteigerung an einem Tage etwa 14 Zentner. — Unsere Kirche weiche verließ ziemlich ruhig. Trotz des schönen Herbstwetters war der Verkehr im Dorfe selbst nicht besonders reger. Dagegen wurden unsere herrlichen Waldwege, besonders die nach Engenbühl zu, von Passanten scharf bewacht. Die Gegend in der näheren und weiteren Umgebung wird, geht schon daraus hervor, daß neben den einzelnen Lustfahrgästen und Willen neuerdings auch in dem alten Pfarrhaus hierseits ein „Frankfurter Kinderheim“ eingerichtet worden ist, das dem Sommeraufenthalt armer dortiger Kinder vom 4. bis 6. Lebensjahre dient. — Bei der Feldjagd, die gestern von dem Jagdpächter Herrn Aschaffhausen Hof aus Königshofen in dieser Gemarkung veranstaltet wurde, wurden nur 11 Hasen und 2 Feldhühner zur Strecke gebracht.

n. Klein i. L., 19. Oktober. Das Wintersemester in dieser Königl. Baugewerkschule ist gestern mit 233 Schülern eröffnet worden. Gleichzeitig fand die Einweihung des mit einem Kostenaufwand von 130.000 M. errichteten Anbaus statt. Zu der Weihe war Herr Landeshauptmann Krefel und Herr Landrat v. Trotha-Langenfeldbach erschienen. Anwesend waren die hiesigen Körperschaften, das Lehrkollegium der Baugewerkschule und die Referenten, weitere Einladungen an die Bürger der Stadt oder Vertretungen der übrigen Kreisstädte. Die Kreise so eng gezogen hat, ist nicht recht ersichtlich, jedenfalls aber einfach mit Mißbehagen empfunden worden. Für die geladenen Gäste schloß sich ein von der Stadt gestelltes Frühstück im Hotel Lamm an. In dem Lehrkörper der Schule ist durch Verlegung des Oberlehrers Pohl nach Magdeburg ein Wechsel notwendig geworden, an seine Stelle trat Prof. Dr. von Ockersford. Verlaßt ist noch wegen Krankheit Rektor Schulz, es müssen daher wieder einige Stunden durch Lehrer der hiesigen Volksschule auszufüllen gegeben werden. — Am kommenden Sonntag, nachmittags 3½ Uhr, spricht Herr Reichstagsabgeordneter Dr. Winter im „Löwen“ darüber die politische Lage. Die Versammlung verspricht sehr zahlreich, auch von auswärtig, besucht zu werden.

+ Solzhausen a. A., 19. Oktober. Auf mancherlei Anregungen hin ist es gelungen, für unser Dorf eine Volksbibliothek zu errichten, die von Herrn Lehrer Biss verwaltet wird. Ist auch die Bücherzahl noch gering, so ist doch ein Anfang gemacht und wird die Anzahl der Bücher durch Unterstützung des Kreises und der Gemeinde von Jahr zu Jahr vergrößert werden.

— Soffenheim, 20. Oktober. Der seitherige Vertreter der neuerrichteten Pfarrei Soffenheim, Pfarre Deitersbach, ist vom 1. November ab zum Pfarre der evangelischen Pfarrei Soffenheim ernannt.

Aus der Umgebung.

Verhafteter Bergwerksdirektor.

25. Cassel, 20. Oktober. Auf Anordnung der Königl. Staatsanwaltschaft zu Hannover wurde hier der Bergwerksdirektor August Buschmann von der Gewerkschaft „Graf Schwerin“ verhaftet und nach Hannover transportiert, um dort dem Untersuchungsrichter übergeben zu werden. Buschmann steht im Verdacht, einen Diebstahl von 100.000 M. durch Verkauf von Aktien unter Vorspiegelung falscher Tatsachen begangen zu haben, außerdem soll er sich der Unterschlagung schuldig gemacht haben.

R. Mainz, 20. Oktober. Am 20. d. M., dem Sonntag vor Allerheiligen, findet die Eröffnung des umgebauten Stadttheaters statt. Am Vormittag erfolgt die Übergabe des Theaters an den Herrn Oberbürgermeister. Abends findet ein Festessen im Kasino „Zur Goldenen Hand“ statt. Mit dieser Feieröffnung sind verschiedene Festlichkeiten geplant. Die Geschäftsverwaltung für diesen Tag, an dem die Räder bis 7 Uhr geöffnet sind, eine große Schaufenster-Decorations, ein Straßen-Rennen findet statt und die meisten Restaurationen haben musikalische und sonstige Unterhaltungen vorgesehen. Einen besonderen Anziehungspunkt wird auch das neu eröffnete Naturhistorische Museum bilden.

— Frankfurt a. M., 20. Oktober. Dem Hufschmied Heinrich Fischer von hier wurde von der Großherzogin von Auenburg das Kaiserliche Verdienstkreuz verliehen.

i. Frankfurt a. M., 20. Oktober. Heute abend gegen 8 Uhr sprang in der hiesigen Kaserne des 1. Infanterie-Regiments der 18jährige Russeier Heinrich Reichardt vom ersten Stock in den Rassenhof und erlitt außer einem schweren Schädelbruch und Oberarmbruch schwere innere Verletzungen.

25. Marburg, 20. Oktober. Der Professor für spezielle Pathologie und Therapie und Klinik an der Universität Gießen, Dr. R. R. Wenzelbach, hat einen Ruf als Direktor der hiesigen medizinischen Klinik an Stelle von Professor Dr. Brauer erhalten.

r. Biedenkopf, 20. Oktober. Am 18. Oktober starb der Lehrer a. D. Theodor Steinmetz. Er ist über 25 Jahre an der hiesigen Stadtschule gewesen, bis vor 2 Jahren ein mit Pöhmung verbundener Schlaganfall seinem Wirken ein Ziel setzte. Der Verstorbene erfreute sich eines großen Ansehens bei der Lehrerschaft des Kreises Biedenkopf.

Gerichtliches.

Aus Wiesbadener Gerichtssälen.

hr. Aus dem Leben eines Ausreißers. Der Schlosser Paul A. aus Wiesbaden wurde am 11. Oktober 1900 bei den Brandenburgern in Mainz eingekerkert. Schon am 2. Dezember verließ er die Fahne, wurde aber bald wieder ergriffen und am 5. Januar 1901 wegen Fahnenflucht zu 9 Monaten Gefängnis und zur Versetzung in die 2. Klasse verurteilt. Er verübte die Strafe und kam dann zur Arbeiterabteilung. Am 22. März 1903 desertierte er wieder, entwich nach Belgien und ging von da nach Frankreich. Sieben Jahre blieb er im Ausland, da gelieferte es ihn, wieder einmal eine deutsche Festung mitzukerkern. Anfangs Februar d. J. kam er nach Aachen, setzte sich eine Narrenkappe auf und trank sich voll. Im Rausch stellte er sich dann der Militärbehörde. Am anderen Morgen kam der Vater, er wurde sich klar, was er von seinem Standpunkt aus für eine Dummheit gemacht hatte, und suchte aus dem Militärarresthaus auszubrechen. Weil ihm das mißlang, trieb er allerlei Majestätsbeleidigungen an die Wand und gab zu erkennen, daß „Rot“ seine Farbe sei. Am 4. März wurde er darauf vom Kriegsgericht in Coblenz wegen Fahnenflucht im Rückfall, Majestätsbeleidigung und Ungehorsams, begangen durch Erkennen seiner sozialdemokratischen Gesinnung, zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Er nahm die Strafe an, aber der Gerichtshof besann sich noch. Am siebenten Tag nach der Verurteilung benutzte A. eine Gelegenheit beim „Spazierengehen“ auf dem Hof des Coblenzer Militärarresthauses und flüchtete, als die Aussicht nicht zu sehen war, über die Mauer. Fort war er. Er schloß sich in ein Schiff ein und fuhr als blinder Passagier mit nach Mainz. Hier versorgte ihn ein Mädchen, das ihm 7 Jahre die Treue gehalten hatte, mit

Geld, und dann begab er sich nach Wiesbaden. Dabei trug er immer die ominöse Binde der Arbeiterabteilung. In Wiesbaden ließ sich seine Schwägerin verhaften. Von jetzt ab hatte A. eigentlich Glück. Er wurde wegen Fahnenflucht im wiederholten Rückfall, auf der als Mindeststrafe ohne Erbarmen 5 Jahre Zuchthaus stehen, vor das Kriegsgericht des Gouvernements Mainz gestellt. Dort ergab es sich, daß der Gerichtsherr die zweijährige Gefängnisstrafe für die zweite Fahnenflucht erst eine Stunde nach der Entweichung A. aus dem Coblenzer Arresthaus anerkannt hatte. Diese Strafe galt also noch nicht als Vorstrafe, und so wurde A. zum zweitenmal wegen zweiter und nicht wegen dritter Fahnenflucht verurteilt, und zwar zu 3 Jahren Gefängnis. Er hatte also im ganzen noch 5 Jahre auf der Festung zubringen müssen. Gegen das Mainzer Urteil legte er aber Berufung an das Oberkriegsgericht ein mit der Begründung, er habe nur seine Mutter in Wiesbaden, die im Sterben lag und tatsächlich gestorben ist, noch einmal gesehen und sich dann wieder stellen wollen. Es traten in der Verhandlung am Oberkriegsgericht auch einige Zeugen auf, zu denen er in Wiesbaden geküßert hatte, er wolle sich wieder stellen und seine Sache abmachen. Das Oberkriegsgericht änderte darauf das Mainzer Urteil aus drei Jahren Gefängnis in drei Monate wegen unerlaubter Entfernung um, so daß der alte Knabe, der in Frankreich eine Frau und 2 Kinder sitzen hat, nur noch 2 Jahre und 3 Monate drinnen muß.

ag. Hütet eure Jungen! Die in Dohheim wohnhafte Ehefrau des Joh. A. hat die übliche Angelegenheit, zu wenig Bedacht auf das zu legen, was über ihre Lippen geht. Jetzt war sie wegen Beleidigung eines Magistratsassistenten angeklagt. Sie hatte nämlich das Gerücht in Umlauf gesetzt, daß der Assistent sich eines schweren Sittlichkeitsverbrechens schuldig gemacht, indem er mit einem 10jährigen Mädchen unerlaubte Beziehungen unterhalten habe. Sie wurde vom Schöffengericht wegen Beleidigung zu 50 M. Geldstrafe verurteilt.

wo. In die Handhabung der Feuerlöschordnung in unserer Landkreise scheint mehr Zug gekommen zu sein. Kürzlich erst ist von der Strafkammer als Berufsvergehen jemand, der sich von einer Übung der Pflichtfeuerwehr gedrückt hatte, unter Erhöhung der Strafe verurteilt worden; am Donnerstag wurde wieder in zwei ähnlichen Fällen vor dem Schöffengericht verhandelt. Die Angeklagten waren in diesem Fall junge Leute aus Bierstadt, wo derartige Übungen durch die Ortschelle sowie durch das amtliche Organ der Gemeindebehörde bekanntgegeben werden. Die beiden zur Verantwortung gezogenen jungen Leute wohnen außerhalb des Ortsbereichs. Sie hören die Schelle nicht, auch die Zeitung kommt manchmal zu spät in ihre Hände, deshalb haben sie wider eine Strafbefugnis die richterliche Entscheidung angerufen. Das Schöffengericht nahm sie nichtskostentender in Strafe, weil derjenige, der Feuerwehrrufen sei, sich um seine Pflichten als solcher kümmern müsse.

Aus auswärtigen Gerichtssälen.

Ein politischer Beleidigungsprozeß.

sh. Greifswald, 20. Oktober.

Zu Beginn der heutigen Sitzung wird Regierungspräsident a. D. v. Scheller als Zeuge vernommen. Daß eine Order ausgegeben wurde, Beder auf dem disziplinarischen Wege zu verurteilen, ist dem Zeugen unbekannt. — Vorsitzender: Ist es richtig, daß Ihnen von seiner Majestät, als Sie nach Straßburg verlegt wurden, gesagt wurde: Reisen Sie mit Gott, mein lieber Scheller, und räumen Sie mit der Schweinewirtschaft in Straßburg auf! — Zeuge v. Scheller: Eine solche Äußerung kam für einen christlichen Menschen nur als eine Unwahrheit oder als eine Lächerlichkeit gelten. Ich war darüber nicht nur erstaunt, sondern empört, daß ein Mann von der Stellung und der Bildung des Angeklagten eine solche Äußerung getan hat, das ist unerhört. Es ist kein wahres Wort darin, die Äußerung trägt den Stempel der Unwahrheit an der Stirn. Ich habe mir überlegt, ob ich die Äußerung in der Öffentlichkeit dementieren sollte. — Es wird das Protokoll der in Stettin erfolgten kommissarischen Vernehmung des Oberpräsidenten Dubinagerelesen. Derselbe hat behauptet, daß Beder wiederholt zu Terminen geladen war, aber nicht erschien, so daß er durch Gendarmen geholt werden mußte. In dem Disziplinarverfahren gegen den Angeklagten seien formale Fehler nicht vorgekommen, ebenso wenig sei eine Order zur Verurteilung ergangen.

Prozeß Crippon.

— London, 21. Oktober. Bei der gestrigen Verhandlung gegen Crippon wandte sich das Hauptinteresse den Erklärungen der Verteidigung zu. Unter den vielen Anwesenden im Gerichtssaal bemerkte man auch den Berliner Polizeipräsidenten v. Jagow. Der als Verteidiger berühmte Advokat Rat Tobin legte in dreißigjähriger fesselnder Rede den Standpunkt des Angeklagten dar. Er wandte sich zunächst gegen das allgemeine Vorurteil gegen Crippon und warnte die Geschworenen, sich hierdurch beeinflussen zu lassen. Er legte dar, daß Geld kein Motiv zur Tat gewesen sein kann, denn Crippon hatte keine Schulden. Hierauf wurde Crippon vernommen, welcher erklärte, daß seine Frau ihm gesagt habe, daß sie Mr. Milner liebe. Seine Gattin habe ihm häufig gesagt, daß sie ihn verlassen werde. Alles, was er über ihr Verschwinden in der Nacht vom 31. Januar seinerseits verbreitete, war allerdings falsch. Die Verhandlung wurde hierauf vertagt.

— Karl May. Vor dem Berliner Landgericht stand gestern abends Termin in der Streitsache des bekannten Schriftstellers Karl May gegen den ebenfalls aus verschiedenen May-Prozessen bekannt gewordenen Redakteur Lebus vom „Bund“ an. Es handelt sich um den Antrag Lebus, eine von der Ferienstrafkammer erlassene Verfügung aufzuheben, wonach es ihm bei 1000 M. Geldstrafe verboten sein soll, fernere seine Beleidigungen Artikel über May zu verbreiten. Der Vertreter Mays hielt u. a. den Antrag aufrecht, zu verurteilen, im „Bund“ oder in Flugblättern dem Antragsteller Handlungen von rechtlicher und moralischer Unschicklichkeit vorzuwerfen, Äußerungen über das Vorleben, insbesondere auch über sein

Cheloben und über seine literarische Tätigkeit zu verbreiten, die ihn zu Beleidigungen und in der öffentlichen Meinung herabzusetzen und verächtlich zu machen geeignet sind, insbesondere ihn einen ehemaligen Zuchthäuser, einen schweren Jungen, einen verächtlichen Verbrecher, Räuberhauptmann, Banditen, Gauner, Hochstapler, Urkundenfälscher, Meineidigen, Pferdedieb, Einbrecher, Betrüger und Straßentäuber zu nennen usw. Der Vertreter des Karl May schickte als feststehend voraus, daß May vor langen Jahren erhebliche Vorstrafen erlitten hat und Lebus wegen Beleidigung verurteilt ist. Der Antrag auf einstweilige Verfügung wurde eingehend damit begründet, daß bei der ganzen Art der Gegner Karl Mays und insbesondere des Redakteurs Lebus, gegen May Material zu sammeln und ihn in der Öffentlichkeit bloßzustellen, die Gefahr vorliege, daß auch weiterhin solche schweren, vernichtenden Beleidigungen gegen einen Mann veröffentlicht werden, der sich in 40jähriger makelloser Tätigkeit emporgearbeitet habe. Den Ausführungen des Rechtsanwalts Dr. Puppe traten die Vertreter der Antraggegner, Rechtsanwälte Dr. Blau und Bröder, scharf entgegen. Der Antrag auf einstweilige Verfügung gründete sich auf § 823 BGB. in mittelbarer Verbindung mit den §§ 185 und 186 StGB. Da werde doch zu prüfen sein, ob die aufgestellten Behauptungen wahr seien. Diesen Wahrheitsbeweis wollten die Antraggegner führen, und dann würde eine einstweilige Verfügung sich nicht rechtfertigen. Das Beispielworte den Ausdruck „Pferdedieb“ betreffe, so sei doch gerichtlich festgestellt, daß May seinerzeit einen Pferdediebstahl begangen hat, und wenn Lebus den May einen geborenen Verbrecher genannt habe, so sei doch daraus hinzuweisen, daß May tatsächlich im Zuchthaus gesessen, und daß Staatsanwalt Wulfsen in einem wissenschaftlichen Werk den May als Musterbeispiel eines geborenen Verbrechers hingestellt habe. Die Entscheidung wurde auf den 26. Oktober vertagt.

w. Ein Komplize des Raubmörders Sternickel. Die in Hirschberg i. Schl. stattgefundene Schwurgerichtsverhandlung gegen die beiden Komplizen des Raubmörders Sternickel endete mit der Verurteilung von Reinhold Bietzch wegen schweren Raubs zu einer Zuchthausstrafe von 10 Jahren Zuchthaus, 4 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht; der Bruder, Wilhelm B., wurde freigesprochen.

Kleine Chronik.

Der neueste Leipziger Expresser. Der verhaftete junge Mann, der an den Inhaber des Weberischen Verlags in Leipzig Expresserbriefe nach dem Muster der Gebrüder Coppius schrieb, hatte sich zunächst der Polizei als Greiser ausgegeben; nunmehr ist festgestellt, daß es sich um den 18jährigen Sohn eines hochgeachteten Leipziger Professors handelt.

Ein Augenschwinder. In seiner luxuriös eingerichteten Villa zu Cassel wurde der Bergwerksdirektor Buschmann von der Gewerkschaft „Graf Schwerin“ verhaftet. Dies geschah auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft in Hannover, weil Buschmann einen dortigen Rechtsanwalt durch Verkauf von Aktien geschädigt haben soll.

Diphtherie-Epidemie. In Bensberg (Rheinland) ist eine Diphtherie-Epidemie ausgebrochen, jedoch bisher noch kein Todesfall vorgekommen.

Schwere Studentengeisse. Wie die Blätter aus Freiburg bei München melden, kam es dort nachts zu Studentengeissen. Der Student Benning wurde derart zugerichtet, daß er neun Wunden erlitten hat. Durch diese Mißhandlungen wurden seine Korpsgenossen so aufgeregt, daß sie große Orgie veranstalteten.

Seetot. Das Hamburger Schiff „Perfiman“ ist von Südamerika, mit Gütern beladen, in Hamburg angekommen. Während seiner Reise verlor das Schiff neun Mann seiner Besatzung infolge des schweren Wetters und bei den Rettungsarbeiten durch den Tod.

Von einem Elefanten getötet. Einer der Wäcker auf Bartels Tierfarm in Jersey City (New York) wurde von einem Elefanten getötet. Das Tier schlang den Rüssel um den Leib des Wäckers, schleuderte ihn an die Wand und trat ihn zu Tode.

Die Cholera. Aus Sachalin ist in Nikolajewsk ein Dampfer mit 28 Cholerakranken eingetroffen.



Die Geschäftsergebnisse der deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1908/09.

Das Kaiserliche Statistische Amt veröffentlicht in einem Ergänzungsheft zu den „Vierteljahrheften zur Statistik des Deutschen Reichs“ eine eingehende Arbeit über die finanzielle Gebarung der deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1908/09. Diese Arbeit ist eine Fortsetzung der erstmalig für 1907/08 bearbeiteten Statistik.

Von den am 30. Juni 1909 vorhandenen 5187 Aktiengesellschaften (mit Ausschluß der in Liquidation oder in Konkurs befindlichen) kamen für die Rentabilitätsstatistik 4579 sogenannte reine Erwerbsgesellschaften in Betracht. Denn auszuweisen waren alle Gesellschaften mit nicht-wirtschaftlichen Zwecken, solche, die satzungsgemäß die Gewinnerzielung oder Dividendenverteilung ausschließen oder beschränken, endlich solche, deren Bilanzen nicht oder lückenhaft veröffentlicht wurden, ohne daß durch Rückfragen Aufklärung zu erzielen war.

Das eingezahlte Aktienkapital der 4579 Gesellschaften betrug am Tage des Bilanzabschlusses 13.200.57 Mill. M. Die echten Reserven beliefen sich auf 2858.64 Mill. M. = 21,7 v. H. des eingezahlten Aktienkapitals. Von jenen 4579 Gesellschaften waren für 3000.62 Mill. M. Obligationen im Umlauf.

Die Statistik für 1908/09 verzeichnet: a) 3088 Gesellschaften mit Jahresgewinn, b) 809 mit Jahresverlust und c) 82 ohne Jahresgewinn oder -verlust. Bei den Gesellschaften zu a) belief sich der Jahresgewinn auf 1233.05 und bei denen zu b) der Jahresverlust auf 118.53 Mill. M., so daß der Jahresmehrgewinn von sämtlichen 4579 reinen Erwerbsgesellschaften 1114.52 Mill. M. betrug. Vergleicht man diesen Betrag mit dem eingezahlten Aktienkapital, so ergibt sich für die Gesellschaften eine Rentabilitätsziffer von 8,57 v. H. und wenn man zweckmäßigerweise das ganze Unternehmungskapital (Aktienkapital + echte Reserven) berücksichtigt, eine Ziffer von 7,08

